

INHALT

BEITRÄGE

Die Entwicklung des Hochschulpersonals im Saarland seit 1992	3
Die bedarfsorientierte Grundsicherung als neue eigenständige soziale Leistung Statistische Erhebung erstmals zum 31. Dezember 2003	7
Steigende Kosten trotz Strukturveränderungen - Entwicklungen in den saarländischen Krankenhäusern von 1995 bis 2001	9
Zahl der Erwerbstätigen im Saarland im Jahr 2002 rückläufig	14
Rasanter technischer Fortschritt bei der Verbreitung moderner Informations- und Kommunikationsmittel in privaten Haushalten	15

GRAPHIKEN

Wirtschaftsgraphiken	17
----------------------	----

KONJUNKTUR AKTUELL

Verarbeitendes Gewerbe - September 2003	22
---	----

ANHANG

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Saarland	24
---	----

BEILAGE

Zahlenspiegel	
---------------	--

ZEICHENERKLÄRUNG

- p vorläufige Zahlen
0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
r berichtigte Zahlen
- nichts vorhanden (genau null)
. Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
... Angabe fällt später an
/ keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen möglich

IMPRESSUM

Herausgeber: Statistisches Landesamt Saarland
Virchowstraße 7, 66119 Saarbrücken
Postfach 10 30 44, 66030 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 5 01 - 59 35 oder - 59 25
Telefax: (06 81) 5 01 - 59 15
E-Mail: statistik@stala.saarland.de
Internet: <http://www.statistik.saarland.de>

Bezugspreis: Einzelheft **2,80 EUR**
Jahresabonnement **28,00 EUR**

Bestellungen: Statistisches Landesamt Saarland
Telefon: (06 81) 5 01 - 59 27

ISSN 1430 - 2764

© **Statistisches Landesamt Saarland, Saarbrücken, 2003.**

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Bildung

Heiner Bost

Die Entwicklung des Hochschulpersonals im Saarland seit 1992

An den Hochschulen des Saarlandes waren am 1. Dezember 2002 insgesamt 9 351 Personen beschäftigt und damit fast 200 weniger als im Vergleichsjahr 1992.

Zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal zählten 3 830 Männer und Frauen, was einem Anteil von 41 % entspricht.

Auf einen Professor entfielen im Durchschnitt 49 Studierende, 9 weniger als noch vor 10 Jahren.

Vorbemerkungen

Im vorliegenden Beitrag werden Ergebnisse der Personalerhebung an den saarländischen Hochschulen im Dezember 2002 vorgestellt und kommentiert.

Die Erhebung beruht auf dem Gesetz über die Statistik für das Hochschulwesen vom 2. November 1990, das u.a. eine jährliche Statistik über die Stellen und das Personal der Hochschulen vorschreibt. Die Daten werden nicht durch Befragung des betroffenen Personenkreises gewonnen, sondern aus den in den Hochschulen vorhandenen Verwaltungsunterlagen.

Mit der Statistik sollen Planungsdaten erhoben werden, um u.a. die Personalkapazitäten an den Hochschulen nach verschiedenen Kriterien zu ermitteln, Auskünfte über die Zusammensetzung des Hochschulpersonals nach formalen und funktionalen Kriterien zu gewinnen und eine Grundlage zu haben, um rechtzeitig über den Personalersatzbedarf zu entscheiden.

Einige wichtige Eckdaten werden mit den Ergebnissen der Hochschulpersonalstatistik aus dem Jahre 1992 verglichen.

Der Erhebungsbereich

Die Erhebung umfasst alle an den Hochschulen haupt- und nebenberuflich tätigen Personen, auch diejenigen, die kein Anstellungsverhältnis zum Land oder zur Hochschule haben.

Es wird unterschieden zwischen dem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal einerseits sowie dem nichtwissenschaftlichen Personal andererseits. Zum zweiten Personenkreis zählen u.a. die Beschäftigten in der Verwaltung und in der Technik.

Das Personal wird nach seiner Aufgabe in den Hochschulen, unterschieden nach:

- hauptberuflich tätigem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal,
- nebenberuflich tätigem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal,
- hauptberuflich tätigem nichtwissenschaftlichen Personal,
- nebenberuflich tätigem nichtwissenschaftlichen Personal.

Unter dem hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal sind

- Professoren,
- Dozenten und Assistenten,
- wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter und
- Lehrkräfte für besondere Aufgaben

zu verstehen.

Überblick

Im Saarland gibt es zur Zeit 6 Hochschulen: Die Universität einschließlich Klinikum Homburg, die Hochschule für Musik und Theater, die Hochschule der Bildenden Künste, die Hochschule für Technik und Wirtschaft, die Katholische Hochschule für Soziale Arbeit und die Fachhochschule für Verwaltung.

In diesen Einrichtungen waren im Dezember 2002 insgesamt 9 351 Personen beschäftigt und damit fast 200 weniger als im Vergleichsjahr 1992.

Zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal zählten 3 830 Männer und Frauen, was einem Anteil von 41 % entspricht. Der Anteil des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals, das 1992 noch 3 498 Personen zählte, hat in den letzten 10 Jahren damit um rund 4 Prozentpunkte zugenommen.

1 Entwicklung des Hochschulpersonals 1992 bis 2002 im Saarland

Jahresende	Beschäftigte Personen insgesamt	Davon					
		wissenschaftliches und künstlerisches Personal	Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal	hauptberufliches Personal			nebenberufliches Personal
				insgesamt	Professoren/ Professorinnen	teilzeitbeschäftigt	
1992	9 539	3 498	6 041	8 189	432	1 923	1 350
1994	8 502	3 623	5 879	8 030	432	1 962	1 472
1996	9 081	3 450	5 631	7 810	431	1 972	1 271
1998	9 218	3 603	5 615	7 820	422	2 078	1 398
2000	8 921	4 323	5 498	7 611	421	2 118	1 310
2001	8 986	3 460	5 526	7 717	415	2 180	1 269
2002	9 351	3 830	5 521	7 768	413	2 234	1 583

Das hauptberufliche Personal ist im 10-Jahresvergleich um 421 Personen geschrumpft, das nebenberufliche um 233 angewachsen. Die Zahl der Professorinnen und Professoren, die 1992 noch 432 betragen hatte, fiel auf 413.

Gleichzeitig wurde die Teilzeitbeschäftigung ausgebaut. Waren 1992 von allen hauptberuflich Tätigen noch 23,4 % teilzeitbeschäftigt, wuchs dieser Anteil bis heute auf fast 29 % an.

Die Zahl der Studentinnen und Studenten, die sich im Wintersemester 1992/1993 noch auf 24 954 bezifferte, sank bis zum Wintersemester 2002/2003 um über 4 700 bzw. fast 19 % auf 20 278. Da gleichzeitig das wissenschaftliche und künstlerische Personal aufgestockt wurde, hat sich die Betreuungsquote für die Studierenden verbessert. Kamen 1992 auf einen wissenschaftlichen bzw. künstlerischen Mitarbeiter noch 7,1 Studentinnen und Studenten, waren es 2002 durchschnittlich nur noch 5,2. Auf einen Professor bzw. eine Professorin entfielen 1992 durchschnittlich 58 Studierende, im aktuellen Berichtsjahr sind es noch 49.

chen Beschäftigten betrug in der Professorenschaft lediglich 8 %, bei den sonstigen wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern 32,7 % und bei den Lehrkräften für besondere Aufgaben 46 %.

Gegenüber 1992 hat sich der Frauenanteil erheblich ausgeweitet. Insgesamt gab es vor 10 Jahren lediglich 22,4 hauptberuflich tätige Frauen und nur 3,2 % der Professoren waren weiblich. Bei dem sonstigen wissenschaftlich bzw. künstlerisch tätigen Personal betrug der Frauenanteil lediglich 25 % und war damit um 8 Prozentpunkte niedriger als heute. Auch der Anteil der Frauen bei den Lehrkräften für besondere Aufgaben lag um gut 5 Prozentpunkte unter dem aktuellen Wert.

Das nebenberuflich tätige wissenschaftliche oder künstlerische Personal - in beiden Vergleichsjahren befanden sich 1 000 studentische Hilfskräfte darunter - hat von 1 979 im Jahre 1992 um fast 250 auf 2 223 zugenommen. Der Anteil der Frauen ist von 32,5 % auf 39,4 % angewachsen.

Die Zahl der in der Verwaltung, in technischen und sonstigen Bereichen eingesetzten Personen fiel im letzten Jahrzehnt von 6 041 um über 750 auf nunmehr 5 288. Dies entspricht einem Minus von 12,5 %.

Das Personal nach Hochschulen

Universität

Die Universität des Saarlandes beschäftigte im Dezember 2002 insgesamt 2 044 Wissenschaftler oder Künstler hauptberuflich, darunter 613 bzw. 30 % Frauen. Der Anteil der weibli-

Kunsthochschulen

An den beiden Kunsthochschulen des Landes, der Hochschule für Musik und Theater und der Hochschule der Bildenden Künste waren im Dezember 2002 insgesamt 56 Wissenschaft-

2 Wissenschaftlich und künstlerisch tätiges Personal an der Universität 2002 und 1992

Personal	Hauptberuflich				Nebenberuflich
	zusammen	Professoren/ Professorinnen	sonstige Mitarbeiter/-innen	Lehrkräfte für besondere Aufgaben	zusammen
2002					
Insgesamt	2 044	255	1 735	54	2 223
dar.: weiblich (%)	30,0	8,2	32,7	46,3	39,4
1992					
Insgesamt	1 980	281	1 630	69	1 979
dar.: weiblich (%)	22,4	3,2	25	40,6	32,5

3 Wissenschaftlich und künstlerisch tätiges Personal an der Kunsthochschule 2002 und 1992

Personal	Hauptberuflich				Nebenberuflich
	zusammen	Professoren/ Professorinnen	sonstige Mitarbeiter/-innen	Lehrkräfte für besondere Aufgaben	zusammen
2002					
Insgesamt	56	47	-	9	103
dar.: weiblich (%)	23,2	21,3	-	33,3	26,2
1992					
Insgesamt	51	40	-	11	116
dar.: weiblich (%)	19,6	17,5	-	27,8	26,7

ler oder Künstler hauptberuflich beschäftigt, darunter 13 oder 23 % Frauen. Die Professorenschaft umfasst insgesamt 37 Männer und 10 Frauen. Neben den Professoren und Professorinnen sind noch 9 Lehrkräfte, davon 3 Frauen für besondere Aufgaben hauptberuflich tätig. Auch in den Kunsthochschulen hat sich der Anteil der Frauen zwischen 1992 und 2002 erhöht. Er stieg insgesamt um 3,4 Prozentpunkte und in der Professorenschaft um etwas über 3 Prozentpunkte an.

Einen relativ hohen Stellenwert hat in den Kunsthochschulen das nebenberuflich tätige wissenschaftliche oder künstlerische Personal. Es erreicht mit 103 fast doppelt so viele Personen wie das hauptberufliche. Auch dieses Berufsfeld ist nach wie vor eine Männerdomäne, denn von den insgesamt 103 Personen sind 76 oder 74 % männlich. Der Frauenanteil blieb gegenüber 1992 unverändert bei 26 %.

Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschule)

An der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft und der Katholischen Hochschule für Soziale Arbeit waren im Dezember 2002 insgesamt 119 Personen im Hauptberuf wissenschaftlich bzw. künstlerisch tätig. Das waren 19 mehr als 1992. Der Anteil der Frauen stieg dabei von 3 auf fast 11 Prozent an. Die Zahl der Professoren und Professorinnen erhöhte sich um gut 10 Prozent. 1992 gab es zusätzlich 12 hauptberuflich Tätige an der damals noch bestehenden privaten Fachhochschule für Bergbau.

Die Größenordnung des Personals, das nebenberuflich in Wissenschaft und Kunst tätig ist, blieb - wenn man die 46 im Jahre 1992 bei der privaten Fachhochschule für Bergbau beschäftigten Personen berücksichtigt - nahezu unverändert. Auch der Frauenanteil hat sich nur unwesentlich von 23,3 % auf 23,9 % erhöht.

Fachhochschule für Verwaltung

Das wissenschaftliche Personal bei der Fachhochschule für Verwaltung besteht aus hauptberuflichen Lehrkräften für besondere Aufgaben sowie nebenberuflich Tätigen. Beide Bereiche haben seit 10 Jahren eine Aufstockung erfahren. Die Zahl der Hauptamtlichen nahm von 5 auf 31 zu, die Zahl der Nebenberuflichen von 100 auf 119.

Auch das Personal der Verwaltungsfachhochschule ist vornehmlich männlichen Geschlechts. Unter den 31 Lehrkräften für besondere Aufgaben befinden sich nur 2 Frauen und unter den 119 nebenberuflichen nur 10.

Mit einem kurzen Blick auf die Alterstruktur des an den saarländischen Hochschulen hauptberuflich wissenschaftlich und künstlerisch tätigen Personals soll der Beitrag abgerundet werden.

Grundsätzlich hat sich Altersstruktur zwischen 1992 und 2002 kaum verändert: Ermittelt man näherungsweise einen Altersdurchschnitt über alle Personen, so kommt man 1992 auf 40,0 und 2002 auf 40,7 Jahre. Bei den Professoren und Pro-

4 Wissenschaftlich und künstlerisch tätiges Personal an den Fachhochschulen^{*)} 2002 und 1992

Personal	Hauptberuflich				Nebenberuflich
	zusammen	Professoren/ Professorinnen	sonstige Mitarbeiter/-innen	Lehrkräfte für besondere Aufgaben	zusammen
2002					
Insgesamt	119	111	7	1	142
dar.: weiblich (%)	10,9	8,8	42,8	100,0	23,9
1992					
Insgesamt	100	99	-	1	176
dar.: weiblich (%)	3,0	2,0	-	100,0	23,3

*) Ohne Verwaltungsfachhochschule.

5 Wissenschaftlich und künstlerisch tätiges Personal an der Verwaltungsfachhochschule 2002 und 1992

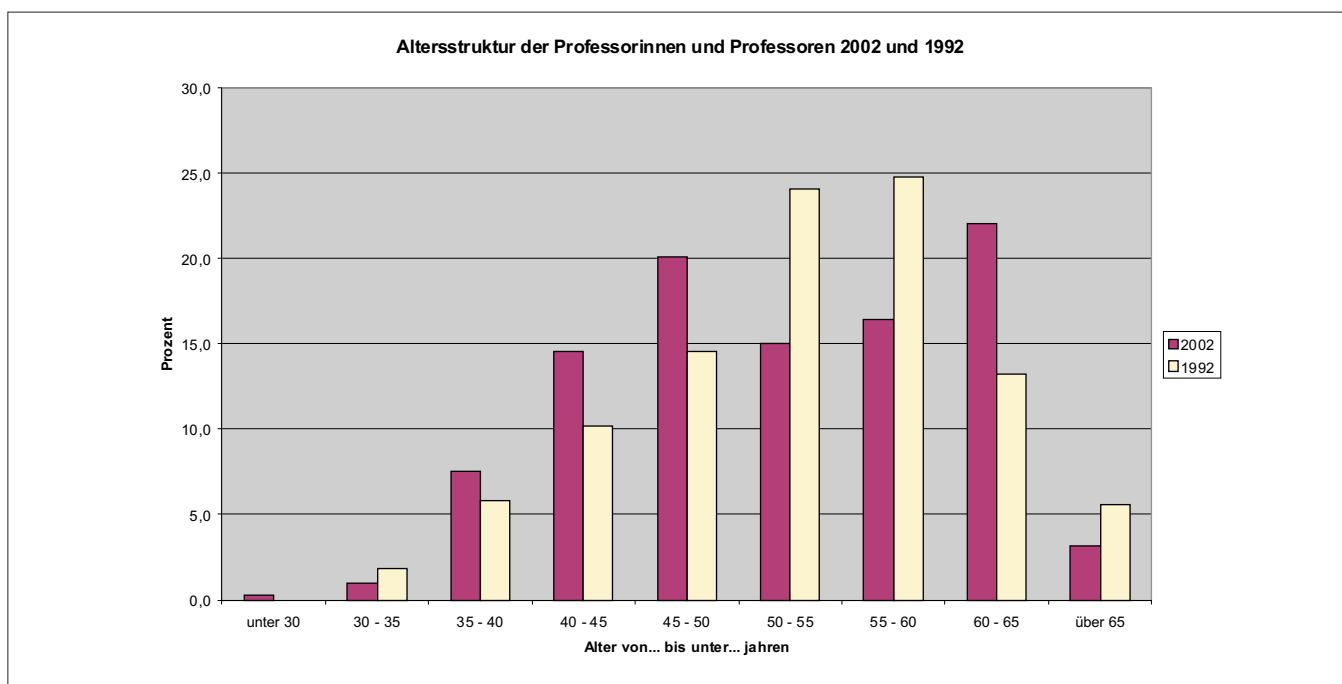
Personal	Hauptberuflich				Nebenberuflich
	zusammen	Professoren/ Professorinnen	sonstige Mitarbeiter/-innen	Lehrkräfte für besondere Aufgaben	zusammen
2002					
Insgesamt	31	-	-	31	119
dar.: weiblich (%)	6,5	-	-	6,5	8,4
1992					
Insgesamt	5	-	-	5	110
dar.: weiblich (%)	-	-	-	-	1,8

6 Das hauptberufliche wissenschaftliche und künstlerische Personal am 1. Dezember 2002 und am 1. Dezember 1992 nach Alter - Hochschulen insgesamt -

Personal	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren								
		unter 30	30 - 35	35 - 40	40 - 45	45 - 50	50 - 55	55 - 60	60 - 65	über 65
2002										
Insgesamt	2 250	421	533	371	264	187	130	144	184	16
dar.: Professoren/-innen	413	1	4	31	60	83	62	68	91	13
1992										
Insgesamt	2 148	453	596	279	165	158	220	174	76	27
dar.: Professoren/-innen	432	-	8	25	44	63	104	107	57	24

fessorinnen verlief die Entwicklung mit umgekehrtem Vorzeichen. Das Durchschnittsalter fiel von 52,8 in 1992 auf 52,1 im Jahr 2002. Gerade bei dieser Berufsgruppe fanden aber in den einzelnen Altersklassen unterschiedliche Entwicklungen statt, wie das abschließende Diagramm zeigt. Während die mittleren Altersklassen zwischen 35 bis unter 50 Jahre im Jahr 2002

dominant waren, fiel diese Rolle den 50- bis 60-Jährigen 1992 zu. Prozentual deutlich mehr Professoren und Professorinnen gab es 2002 in der Alterklasse von 60 bis unter 65 Jahre. Ihr Anteil stieg innerhalb der 10 Jahre von 13,2 % auf 22 % an. In der zahlenmäßig wenig bedeutenden Altersklasse der über 65-Jährigen sind die Verhältnisse dagegen wieder umgekehrt.



Sozialleistungen

Heiner Bost

Die bedarfsorientierte Grundsicherung als neue eigenständige soziale Leistung

Statistische Erhebung erstmals zum 31. Dezember 2003

Zum 1. Januar 2003 ist das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und die Erwerbsminderung in Kraft getreten. Es soll älteren bzw. auf Dauer erwerbsgeminderten Personen eine eigenständige soziale Leistung gewähren.

Das Gesetz ordnet auch zwei neue Bundesstatistiken an: Mit der Empfängerstatistik werden Angaben über den Personenkreis der Anspruchsberechtigten erhoben und mit der Ausgaben-/Einnahmenstatistik die Kostenentwicklung aufgezeichnet.

Adressaten und Ziele des Gesetzes

Am 1. Januar 2003 ist das „Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (GSiG) in Kraft getreten. Nach dem Gesetz kann älteren oder dauerhaft erwerbsgeminderten Menschen eine eigenständige Sozialleistung gewährt werden, wenn sie nicht selbst in der Lage sind, den grundlegenden Bedarf für ihren Unterhalt zu sichern.

Viele betroffene Menschen haben in der Vergangenheit den Gang zum Sozialamt gescheut, sei es aus Scham oder auch wegen der Möglichkeit, dass im Zusammenhang mit der Gewährung einer Sozialhilfe unter bestimmten Voraussetzungen auf das Eigentum ihrer Kinder zurückgegriffen werden kann.

Ziel des Gesetzes war es, mit der Schaffung eines Rechtsanspruchs diese sogenannte verschämte Armut einzudämmen.

Das Gesetz nennt in § 2 zwei Personengruppen, die eine Anspruchsberechtigung haben können:

- Personen, die über 65 Jahre alt sind und
- Personen über 18 Jahre, die auf Dauer voll erwerbsgemindert sind.

Wer Leistungen beanspruchen will, muss seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben, wobei die Staatsangehörigkeit keine Rolle spielt. Die Leistungen werden in der Regel für ein Jahr bewilligt, und zwar vom 1. Juli bis zum folgenden 30. Juni. Sie sind bei dem Kreis (Träger der Grundsicherung), in dem der Antragsteller wohnt, zu beantragen.

Personen, die in den letzten 10 Jahren ihre Bedürftigkeit vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben, sind ebenso wenig berechtigt einen Antrag zu stellen wie Ausländer, die Leistungsansprüche aus dem Asylbewerberleistungsgesetz haben. Personen, deren Kinder oder Eltern ein jährliches Gesamteinkommen von 100 000 Euro und mehr erzielen, bleiben ebenfalls außen vor.

Einige Sonderregelungen betreffen Personen, die in Heimen untergebracht sind.

Das Grundsicherungsgesetz sieht vor, dass durch Landesrecht die Kreise ermächtigt werden, die Zuständigkeit auf die ihnen angehörigen Gemeinden zu übertragen. Im Saarland wurde von dieser Regelung beim Stadtverband Saarbrücken und beim Landkreis Merzig-Wadern Gebrauch gemacht.

Wie bereits erwähnt, besteht der Anspruch nur bei Bedürftigkeit, wobei diese durch Gegenüberstellung von eigenen Einkommen und verwertbaren Vermögen einerseits und den Kosten für den Lebensunterhalt, Miete einschließlich Nebenkosten sowie den Beiträgen für Kranken- und Pflegeversicherung andererseits ermittelt wird. Was die Anrechnung von Einkommen und Vermögen betrifft, gelten die Regelungen des Bundessozialhilfegesetzes und der dazu erlassenen Rechtsverordnungen. Einkommen und Vermögen der nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Partner in einer eheähnlichen Gemeinschaft werden dann angerechnet, wenn sie deren Eigenbedarf übersteigen.

Da das GSiG vor dem Bundessozialhilfegesetz greift, wird der anspruchsberechtigte Personenkreis in der Regel künftig keine laufende Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Sozialhilfe mehr beziehen.

Die neue Statistik

Ablauf

Um feststellen zu können, wie sich das Gesetz auswirkt und ob es ggf. geändert bzw. ergänzt werden muss, hat der Gesetzgeber im § 8 GSiG zwei Bundesstatistiken angeordnet, mit denen Angaben über den Empfängerkreis einerseits und die Ausgaben und Einnahmen andererseits erhoben werden sollen. Die Daten über die Empfänger der Grundsicherung werden jährlich zum 31. Dezember als Bestandserhebung erfasst. Die Ausgaben und Einnahmen für das abgelaufene Kalenderjahr sind ebenfalls am jeweiligen Jahresende zu übermitteln. Darüber hinaus erhält das Statistische Bundesamt von den Statistischen Landesämtern sofort nach Fertigstellung der Empfängerstatistik Einzelangaben aus einer 25%-igen Zufallsstichprobe, um eigene Sonderauswertungen durchführen zu können.

Merkmale

Erhebungsmerkmale der Empfängerstatistik

Die Erhebungsmerkmale sind im § 8 Abs. 2 geregelt, die Merkmalsausprägungen in einer breit angelegten fachstatistischen Diskussion herausgearbeitet worden.

Für jeden Empfänger wird ein eigener Beleg bzw. Datensatz angelegt, der mit Angaben zum Geschlecht, dem Alter, dem Wohnort und der Staatsangehörigkeit beginnt. Es schließen sich die Daten zur Erwerbsminderung an sowie die Unterscheidung nach Leistungen in und außerhalb von Einrichtungen. Darüber hinaus wird festgehalten, wann die Leistungsgewährung begonnen hat.

Als Ursachen der Leistungsgewährung kommen in Betracht:

- Überleitung aus der Sozialhilfe (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) ohne vorherigen Unterhaltsrückgriff,
- Überleitung aus der Sozialhilfe (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) mit vorherigem Unterhaltsrückgriff gemäß § 91 BSHG,
- Wegfall von Erwerbseinkommen/Lohnersatzleistungen des Antragsberechtigten,
- Wegfall oder Einschränkung einer finanziellen Absicherung durch den/die Ehepartner(in) bzw. Partner(in) einer eheähnlichen Gemeinschaft,
- Wegfall von Unterhaltsleistungen der Kinder und/oder Eltern des Antragsberechtigten,
- Wegfall anderer Einkommen (z.B. Unterhaltsleistungen des geschiedenen Ehepartners, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung),
- erhöhter Ausgabenbedarf (z.B. Unterkunfts-, Heizkosten, Gehbehinderung, GKV-Beträge),
- keiner der vorher genannten Schlüssel.

Als Nächstes sind als gerundete Geldbeträge Angaben über den Nettoanspruch des Empfängers und über den monatlichen Bedarf (Regelsatz zuzüglich Pauschale, anerkannte Auf-

wendungen für Unterkunft und Heizung, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge und ggf. ein Mehrbedarf des Empfängers) zu machen. Schließlich ist die Art des angerechneten Einkommens anzugeben. In Betracht kommen:

- kein Einkommen,
- Erwerbseinkommen,
- Rente wegen Erwerbsminderung,
- Altersrente,
- Hinterbliebenenrente,
- Renten aus der staatlich geförderten Altersvorsorge,
- Renten aus sonstiger privater Vorsorge,
- Versorgungsbezüge,
- Renten aus betrieblicher Altersversorgung,
- Leistungen der GKV,
- Kindergeld,
- Wohngeld,
- private Unterhaltsleistungen,
- Einkünfte aus Ehe- bzw. eheähnlicher Gemeinschaft,
- sonstige Einkünfte.

Erhebungsmerkmale der Ausgaben- und Einnahmenstatistik

Die Grundsicherungsämter als Auskunftspflichtige melden hierbei zunächst die Summe aller Ausgaben, die sie im abgelaufenen Kalenderjahr an die Anspruchsberechtigten ausgezahlt haben. Sie unterscheiden nach Zahlungen, die an Empfänger innerhalb und an Empfänger außerhalb von Einrichtungen gegangen sind.

Ebenfalls zu melden sind die Einnahmen, die die Ämter erzielten, weil sie Erstattungsansprüche gegen andere Leistungsträger geltend gemacht hatten.

Da davon auszugehen ist, dass über das Vorliegen einer vollen Erwerbsminderung in vielen Fällen Gutachten erstellt werden müssen und dafür die Rentenversicherungsträger zuständig sind, wird auch nach der Zahl der Gutachten und der Höhe der hierfür angefallen Kosten gefragt.

Der Sitz des zuständigen Grundsicherungsamtes gehört ebenfalls zu den Erhebungsmerkmalen.

Hilfsmerkmale der beiden Statistiken sind Name und Anschrift der Auskunftspflichtigen. Das sind die zuständigen Behörden, in der Regel also die Kreise.

Die Angabe von Name und Telefonnummer einer kompetenten Ansprechperson ist zur effizienten Plausibilisierung der Daten erforderlich.

Zeitplan

Der zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder abgestimmte Zeitplan sieht vor, dass die ausgefüllten Erhebungsunterlagen bis zum 1. März beim Statistischen Landesamt vorliegen und dort bis zum September aufbereitet werden. Ein Bundesergebnis soll dann bis Anfang November bereit stehen.

Gesundheitswesen

Dagmar Ertl

Steigende Kosten trotz Strukturveränderungen - Entwicklungen in den saarländischen Krankenhäusern von 1995 bis 2001^{*)}

Der vorliegende Beitrag untersucht die Entwicklung in den saarländischen Krankenhäusern vor dem Hintergrund der Kostensenkungsdebatte im Gesundheitswesen. Dazu werden Eckdaten wie die Bettenanzahlen, Patientenzahlen, Pflegeetage und Verweildauer sowie die Entwicklung der Personalzahlen und der Kosten verglichen. Die Daten zeigen, dass trotz kontinuierlicher Verkürzung der durchschnittlichen Verweildauer und stetigem Bettenabbau die Kosten in den Kliniken sowohl absolut als auch pro behandelten Patienten weiter angestiegen sind.

Vorbemerkung

Leere Kassen und rigorose Sparmaßnahmen führten seit den neunziger Jahren zu tiefen Einschnitten in das Gesundheitssystem. Auch an den Krankenhäusern ging diese Entwicklung nicht spurlos vorbei. Der stationäre Sektor des Gesundheitswesens durchläuft seit Jahren einen teilweise enormen Strukturwandel. Mit einer Verkürzung der Verweildauer pro Patient und einem höheren Auslastungsgrad versuchen die Kliniken dem Kostenanstieg entgegen zu wirken. Dies zeigen die Daten der Krankenhausstatistik, die auf Grundlage der Krankenhausstatistikverordnung (KHStatV) vom 10. April 1990¹⁾ auch die Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen erfasst. Im vorliegenden Aufsatz wird die Situation der saarländischen Krankenhäuser und die Entwicklung einiger, das Krankenhauswesen charakterisierender Kennzahlen untersucht.

Entsprechend der im Sozialgesetzbuch (SGB V, § 107 Abs. 1) vorgenommenen Abgrenzung unterscheidet die Kran-

kenhausstatistik zwischen Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen:

Die wesentlichen Aufgaben von **Krankenhäusern** bestehen darin, Krankheiten zu erkennen und zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten und Krankheitsbeschwerden zu lindern; außerdem leisten sie Geburtshilfe.

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen dagegen sind Einrichtungen, die entsprechend ihrer Bezeichnung stationäre Vorsorgeleistungen und Rehabilitationsleistungen (einschließlich Anschlussheilbehandlungen) für ihre Patientinnen und Patienten erbringen, aber keine Krankenhausbehandlung oder Geburtshilfe.

Eckzahlen der Krankenhäuser

Im Jahr 2001 gab es im Saarland 28 Krankenhäuser. Nur vorübergehend hatte sich die Zahl in den Jahren 1999 und 2000 auf 27 verringert.

Tabelle 1: Eckdaten der Krankenhäuser

Merkmal	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	Veränderungen in % 2001 gegenüber	
								2000	1995
Krankenhäuser	28	28	28	28	27	27	28	3,7	0,0
Aufgestellte Betten	8 623	8 499	8 265	8 106	8 101	8 050	7 540	- 6,3	- 12,6
Vollstationär behandelte Patienten	238 681	241 068	244 652	249 649	254 409	257 796	259 448	0,6	8,7
Pflegeetage insgesamt	2 643 398	2 550 579	2 513 860	2 475 785	2 464 676	2 402 409	2 334 619	- 2,8	- 11,7
Verweildauer je Patient	11,1	10,6	10,3	9,9	9,7	9,3	9,0	- 3,2	- 18,9
Nutzungsgrad der Betten in %	84,0	82,0	83,3	83,7	83,4	81,5	84,8	4,0	1,0

^{*)} Dieser Beitrag entstand unter Mitarbeit von Judith Klahm. 1) Verordnung über die Bundesstatistik der Krankenhäuser (KHStatV) vom 10. April 1990; BGBl. I S. 730.

Veränderungen machten sich hinsichtlich der Klinikgrößen bemerkbar: Existierten im Jahr 1995 noch 6 Kliniken mit 400 und mehr Betten, so waren es im Jahr 2001 nur noch 4, während sich die Anzahl der Kliniken mit 250 bis unter 400 Betten im gleichen Zeitraum von 6 auf 7 erhöht hat. Gleichzeitig ist auch die Zahl der Einrichtungen mit 100 bis unter 250 Betten von 14 (1995) auf 13 (2001) gesunken. Zugenommen hat dagegen die Zahl der kleinen Krankenhäuser mit unter 100 Betten; sie stieg von 2 auf 4 Häuser. Insgesamt ist also ein Trend zu kleineren Einrichtungen zu beobachten.

Im Untersuchungszeitraum fand ein fortschreitender erheblicher **Abbau der Krankenhausbetten** statt. Standen 1995 noch 8 623 Betten in den saarländischen Krankenhäusern zur Verfügung, so reduzierte sich diese Zahl bis zum Jahr 2001 auf 7 540. Allein im letzten Berichtsjahr wurden mehr als 500 Betten abgebaut. Gleichzeitig stieg die Zahl der vollstationär behandelten Fälle um 8,7 % auf 259 448 Patientinnen und Patienten. Dieser scheinbare Widerspruch von Bettenabbau und steigenden Patientenzahlen erklärt sich durch eine erhebliche **Abnahme der durchschnittlichen Verweildauer**. Lagen die Patienten 1995 noch 11,1 Tage im Krankenhaus, waren es 2001 nur noch 9,0 Tage. Das entspricht einer Reduktion von fast 20 %. Besonders verkürzt hat sich die durchschnittliche Verweildauer im Bereich der inneren Medizin (- 27,0 %) und der Chirurgie (- 23,6 %). Durch die Verkürzung der Verweildauer verminderte sich auch die Zahl der Pflgetage seit 1995 um 11,7 % auf rund 2,3 Mill. Tage im Jahr 2001.

Die saarländischen Kliniken arbeiten heute deutlich effektiver als 1995. Insbesondere durch die Auslagerung von pflegerischen Aufgaben an andere Einrichtung konnte die durchschnittliche Verweildauer erheblich gesenkt werden. Jedoch sind die Kliniken durch Vorgaben der Gesundheitspolitik gezwungen, mit weiteren Maßnahmen ihre Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. So soll in deutschen Krankenhäusern spätestens ab 2004 nach Fallpauschalen mit den Krankenkassen abgerechnet werden - unabhängig davon, wie lange ein Patient im Krankenhaus liegt. Der neue Abrechnungsmodus kommt vielerorts schon in diesem Jahr zur Anwendung, wenn auch noch auf freiwilliger Basis.

Die saarländischen Krankenhäuser scheinen gut gerüstet für diese Umstellung. Die Auslastung der Betten in den saarländischen Krankenhäusern lag 2001 bei 84,8 %. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von 80,7 % ist das die höchste Auslastung aller Bundesländer. Die **durchschnittliche Verweildauer** der Patientinnen und Patienten im Krankenhaus gilt seit langem als Indikator für die erzielte Effizienz der stationären Behandlung. Sie ist im Saarland mit 9,0 Tagen um 0,8 Tage niedriger als im Bundesdurchschnitt. Nur die Kliniken in Mecklenburg-Vorpommern schicken ihre Patientinnen und Patienten noch früher nach Hause. Daher erklärten sich 21 der 28 saarländischen Krankenhäuser bereit, schon in diesem Jahr nach dem Fallpauschalensystem abzurechnen.

Strukturentwicklungen in den Fachabteilungen

Ein Drittel aller in den saarländischen Krankenhäusern stehenden Betten entfielen 2001 auf die innere Medizin (2 445 Betten), weitere 21 % oder 1 572 Betten auf die Chirurgie, so dass diese beiden Bereiche zusammen über mehr als die Hälfte aller aufgestellten Krankenhausbetten verfügten. In psychiatrischen Abteilungen standen 607 Betten, in Abteilungen der Frauenheilkunde und Geburtshilfe 590, in neurologischen Abteilungen 476, in orthopädischen Abteilungen 419 und in Abteilungen der Kinderheilkunde 367. Die Urologie umfasst 257 Betten und die Augenheilkunde 137. Auf die übrigen Abteilungen entfielen 670 Betten.

Der beschriebene Bettenabbau in den saarländischen Krankenhäusern zieht sich durch nahezu alle Fachabteilungen: Lediglich die Neurologie konnte 2001 mit 476 Betten 85 Betten mehr aufweisen als 1995.

Der Nutzungsgrad der Betten lag in der Psychiatrie (inklusive Kinder- und Jugendpsychiatrie) mit 99,1 % und in der Augenheilkunde mit 95,9 % am höchsten und in der Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie mit 63,4 % am niedrigsten. Dort allerdings werden auch die wenigsten Betten vorgehalten, so dass das leer stehende Bett dort prozentual mehr ins Gewicht fällt als in anderen Fachabteilungen.

Personal

Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte in den saarländischen Krankenhäusern ist zwischen 1995 und 2001 von 1 545 auf 1 662 Personen gewachsen. In diesen Zahlen sind auch die Teilzeitbeschäftigten enthalten.

Für die Beurteilung der Entwicklung der personellen Ausstattung der Krankenhäuser eignet sich daher der Indikator **Vollkräfte im Jahresdurchschnitt**, der die auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten während des Berichtsjahres angibt. Auch hier fällt auf, dass beim ärztlichen Personal von 1996 bis 2001 ein kontinuierlicher Zuwachs von 14,9 % zu verzeichnen ist, während das nichtärztliche Personal um 2,9 % abgebaut wurde.

Das nichtärztliche Personal in Krankenhäusern umfasst im wesentlichen drei Gruppen: Den Pflegedienst, der mit 45 % fast die Hälfte des nichtärztlichen Personals ausmacht, den medizinisch-technische Dienst, der zusammen mit dem Funktionsdienst ein gutes Viertel des Personals stellt und das sonstige Personal, das sich größtenteils aus Wirtschafts-, Versorgungs- und Verwaltungsdienst zusammensetzt.

Seit 1998 wird im Pflegedienst Personal abgebaut. Hier waren mit 5 193 Pflegekräften im Jahre 2001 rund 2,9 % weniger beschäftigt als 1998. Größere Personalzuwächse gegenüber dem Vergleichsjahr 1995 verzeichneten dagegen der medizinisch-technische Dienst (+ 8,5 %) und der Funktionsdienst (+ 14,0 %).

**Tabelle 2: Personal in Krankenhäusern
(Vollkräfte im Jahresdurchschnitt)**

Merkmal	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	Veränderungen in % 2001 gegenüber	
								2000	1995
Personal insgesamt	13 253	13 839	13 318	13 353	13 193	13 095	13 132	0,3	- 0,9
Ärztliches Personal	1 481	1 632	1 621	1 667	1 680	1 698	1 702	0,2	14,9
Nichtärztliches Personal	11 772	12 207	11 697	11 686	11 513	11 397	11 430	0,3	- 2,9
darunter									
Pflegedienst	5 279	5 674	5 288	5 350	5 230	5 188	5 193	0,1	- 1,6
medizinisch-technischer Dienst	1 654	1 735	1 687	1 726	1 760	1 778	1 794	0,9	8,5
Funktionsdienst	1 188	1 256	1 321	1 293	1 305	1 305	1 354	3,8	14,0
Verwaltungsdienst	879	920	902	903	914	914	910	- 0,4	3,5

Kosten

Die Gesamtkosten der Krankenhäuser betragen 2001 rund 882 Mio. Euro. Im Wesentlichen setzen sich diese zu knapp 70 % aus Personalkosten (600 Mill. Euro) und zu 30 % aus Sachausgaben (276 Mill. Euro) zusammen. Der größte Ausgabenposten bei den Personalkosten war der Pflegedienst mit

wickelten und seitdem wieder leicht gestiegen sind. Für den Anstieg der Sachkosten waren in erster Linie die Kostensteigerungen beim medizinischen Bedarf verantwortlich. In diesem Bereich sind die Ausgaben im Beobachtungszeitraum um fast 24 Mio. Euro bzw. um 18,2 % gestiegen.

Die Betrachtung der absoluten Kostenentwicklung im Krankenhauswesen kennzeichnet die Situation nur unvollständig.

Tabelle 3: Kosten der Krankenhäuser

Merkmal	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	Veränderungen 2001 gegenüber	
								2000	1995
	1 000 EUR							%	
Personalkosten	575 684	552 171	549 573	554 029	570 981	585 739	600 043	2,4	4,2
Sachkosten	248 614	228 009	238 231	244 972	254 623	262 494	275 859	5,1	11,0
Zinsen für Betriebsmittelkredite	298	378	99	76	63	48	144	199,6	- 51,7
Kosten der Ausbildungsstätten	6 119	6 129	6 076	6 349	6 316	6 445	6 396	- 0,8	4,5
Gesamtkosten	830 715	786 687	793 980	805 426	831 983	854 727	882 442	3,2	6,2
Abzüge (behandlungsfremde Kosten)	74 340	12 241	12 251	11 896	12 644	13 856	14 049	1,4	- 81,1
Bereinigte Kosten	756 375	774 447	781 729	793 530	819 339	840 871	868 393	3,3	14,8

235 Mill. Euro und bei den Sachausgaben die Aufwendungen für den medizinischen Bedarf in Höhe von 155 Mill. Euro.

Die Gesamtkosten erhöhten sich in den Jahren 1995 bis 2001 um 6,2 %. Der Kostenanstieg fiel bei den Personalausgaben mit + 4,2 % deutlich geringer aus als bei den Sachausgaben, die seit 1995 um 11 % gewachsen sind. Wobei anzumerken ist, dass sich die Personalkosten bis 1997 rückläufig ent-

wickelten und seitdem wieder leicht gestiegen sind. Um die Auswirkungen veränderter Rahmenbedingungen, wie die schrittweise Auslagerung von pflegerischen Aufgaben an andere Einrichtungen und den Zwang zum effektiven Wirtschaften auf die Kostenentwicklung nachzuvollziehen, ist es notwendig, die Kostendaten in Beziehung zu bestimmten Leistungsgrößen, wie die Anzahl der Pflegetage, die Zahl der aufgestellten Betten oder die Anzahl der behandelten Patientin-

Tabelle 4: Kennziffern für Kosten der Krankenhäuser

Merkmal	Einheit	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	Veränderungen in % 2001 gegenüber	
									2000	1995
Bereinigte Kosten je										
Krankenhaus	1 000 Euro	27 013	27 659	27 919	28 340	30 346	31 143	31 014	- 0,4	14,8
aufgestelltem Bett	Euro	87 716	91 122	94 583	97 894	101 140	104 456	115 171	10,3	31,3
Pflege-tag	Euro	286	304	311	321	332	350	372	6,3	30,0
stationär behandeltem Fall	Euro	3 169	3 213	3 195	3 179	3 221	3 262	3 347	2,6	5,6
Personalkosten je Vollkraft	Euro	43 438	39 900	41 265	41 491	43 279	44 730	45 693	2,2	5,2

nen und Patienten zu setzen. Des weiteren ist es sinnvoll, für Kostenvergleiche die um die behandlungsfremden Kosten bereinigten Kosten als Vergleichsgröße heranzuziehen.

Ein Maß für die in den Krankenhäusern vorhandenen Kapazitäten ist die Anzahl der aufgestellten Betten. Während sich die Bettenzahlen kontinuierlich verringerten, erhöhten sich die Kosten je aufgestelltes Bett von 87 716 Euro im Jahre 1995 auf 115 171 Euro im Jahr 2001; das ist eine Zunahme um 31,1 %. Die größte jährliche Steigerung war dabei im Jahre 2001 mit einem Kostenanstieg pro Bett um 10,3 % zu beobachten. Verständlich wird dies vor dem Hintergrund, dass die Verkürzung der Verweildauer und damit zusammenhängend auch der Bettenabbau hauptsächlich auf die Reduzierung der nachsorgenden Pflege zurückzuführen ist und nicht auf einen Rückgang der Patienten und der an ihnen erbrachten kostenintensiven Leistungen.

Durch die Betrachtung der Kosten pro Pfl egetag, wird eine direkte Verbindung zwischen Ausgaben und Leistungen geschaffen, denn hier werden die entstandenen Kosten nicht auf die vorgehaltenen Kapazitäten bezogen, sondern auf die von den Kliniken erbrachten Leistungen. Da im Krankenhaus insbesondere die ersten Pfl egetage am kostenintensivsten sind, hat der Rückgang der Verweildauer die durchschnittlichen Kosten eines Pfl egetags deutlich erhöht. Entstanden im Jahre 1995 an einem Pfl egetag Kosten von 286 Euro, so verteuerte sich ein einzelner Pfl egetag bis 2001 um 30 % und verursachte damit Kosten von 372 Euro. Dieser zunächst exorbitant anmutende Anstieg relativiert sich jedoch wieder bei Betrachtung der Kosten je Krankenhausaufenthalt.

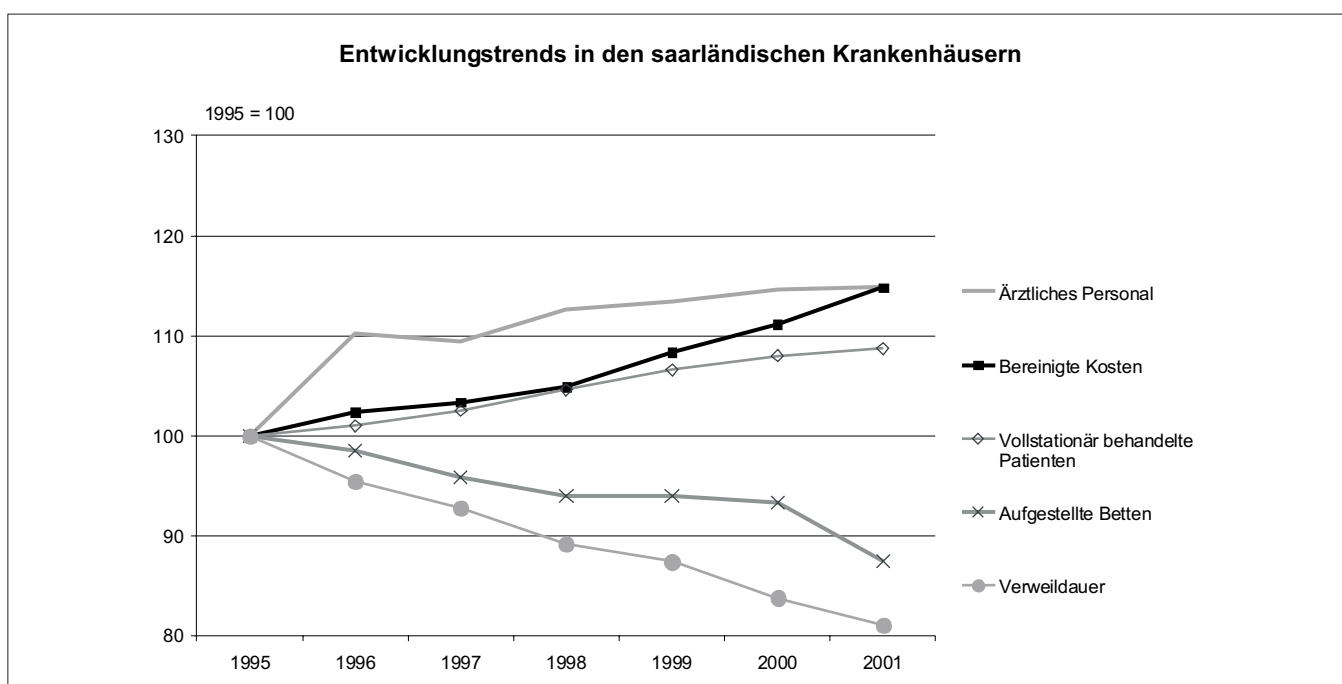
Die bereinigten Kosten je vollstationär behandelten Patienten stiegen seit 1995 um 5,6 % und beliefen sich 2001 auf

3 347 Euro. Im Vergleich hierzu stiegen beispielsweise die privaten Lebenshaltungskosten im gleichen Zeitraum um 7,9 %. Nach einer leicht rückläufigen Entwicklung in den Jahren 1997 und 1998 sind weitere Kostensteigerungen von zuletzt 2,6 % im Jahr 2001 zu verzeichnen.

Resümee

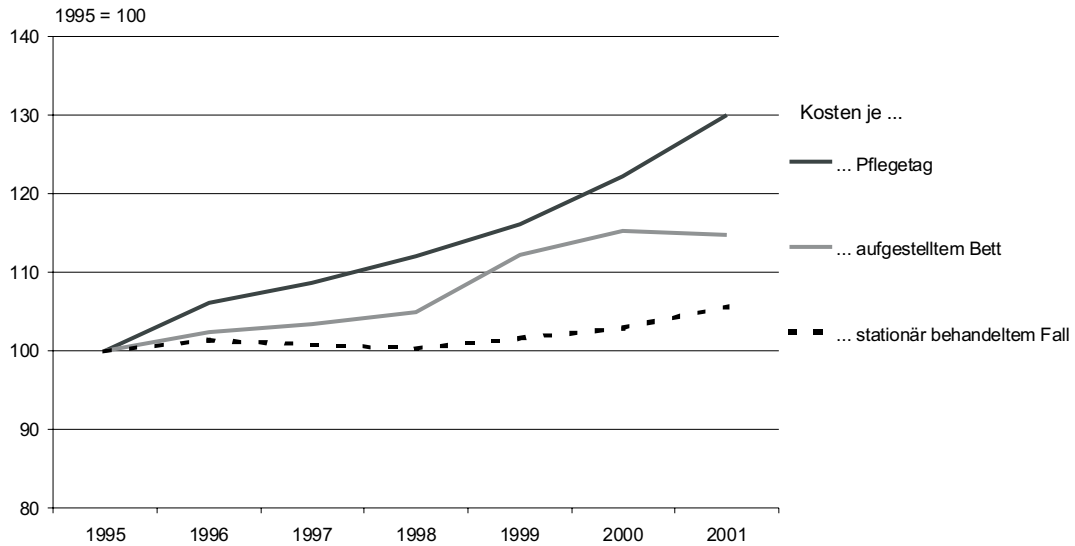
Die Betrachtung der Entwicklung von Strukturdaten, Personal und Kosten der saarländischen Krankenhäuser im Zeitraum von 1995 bis 2001 zeigt folgende Trends:

- Wie in der gesamten Bundesrepublik ist es auch im Saarland gelungen, die durchschnittliche Verweildauer im Krankenhaus kontinuierlich zu senken.
- Korrespondierend dazu erfolgte ein stetiger Abbau von Bettenkapazitäten.
- Dies fand allerdings vor dem Hintergrund weiter steigender Patientenzahlen statt und hat eine Intensivierung von Krankenhausleistungen zur Folge. In Bezug auf den Auslastungsgrad liegen die saarländischen Krankenhäuser bundesweit an der Spitze.
- Das ärztliche Personal wurde weiter aufgestockt, während Pflegepersonal abgebaut worden ist.
- Die Kostenentwicklung macht eine differenzierte Betrachtung erforderlich: Die Steigerungsraten der Kosten je Bett bzw. je Pfl egetag lagen im Beobachtungszeitraum deutlich über denen der absoluten Kosten. Demgegenüber haben sich die Kosten je stationär behandeltem Patienten bspw. nicht stärker als die allgemeinen Lebenshaltungskosten erhöht.





Monetäre Kennziffern zur Entwicklung der saarländischen Krankenhäusern



Der in den saarländischen Krankenhäusern erfolgte stetige Abbau von Betten und der dort erbrachten Pflegeetage pro Patient ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass seit den neunziger Jahren ein stufenweiser Prozess der Auslagerung von Aufgaben, die nicht zum originären Versorgungsauftrag gehören und entsprechend nicht von den Krankenkassen vergütet wurden, aus den Krankenhäuser erfolgte. Bestanden z.B. noch vor 15 Jahren eine Reihe von Abteilungen zur Betreuung von Pflegefällen, so wurden diese nach und nach aufgelöst und die Patienten in spezielle Pflegeeinrichtungen überführt. Weiterhin führte der Zwang zum effektiven Wirtschaften zur Schließung von Fachabteilungen mit ungenü-

gender Bettenauslastung bzw. zur Verringerung der Bettenzahlen in diesen Abteilungen. Da hauptsächlich nur noch akut Kranke in den Krankenhäusern betreut werden, hat die Betreuungsintensität pro Bett zugenommen - was die erhöhten Steigerungsraten der Kosten pro Krankenhausbett erklärt.

In den nächsten Jahren wird sich zeigen, inwieweit sich weitere Maßnahmen der Gesundheitspolitik, insbesondere die Einführung der Fallkostenpauschalen im stationären Bereich, in der medizinischen Betreuung widerspiegeln werden und ob der Spagat zwischen hoher Kosteneffizienz und hoher Versorgungsqualität gelingt.

Erwerbstätigkeit

Johannes Barth

Zahl der Erwerbstätigen im Saarland im Jahr 2002 rückläufig

Im Jahresdurchschnitt 2002 waren im Saarland 503 600 Menschen erwerbstätig. Damit lag die Zahl der Erwerbstätigen um 0,9 Prozent oder 4 600 unter der des Vorjahres.

Das lag vor allem am Produzierenden Gewerbe. Hier schrumpfte die Zahl der Arbeitsplätze um 2,2 Prozent oder 3 500. Allein im Baugewerbe wurde ein Rückgang von 4,4 Prozent oder 1 200 festgestellt.

Die dargestellten Ergebnisse beruhen auf einer Berechnung des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, dem die Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören. Wichtigste Quellen für die Länderrechnung sind die Beschäftigungsstatistik, die Statistik der geringfügig Beschäftigten, die Personalstatistiken, der Mikrozensus, die Monatsberichte im Produzierenden Gewerbe sowie die Kleinbetriebserhebung.

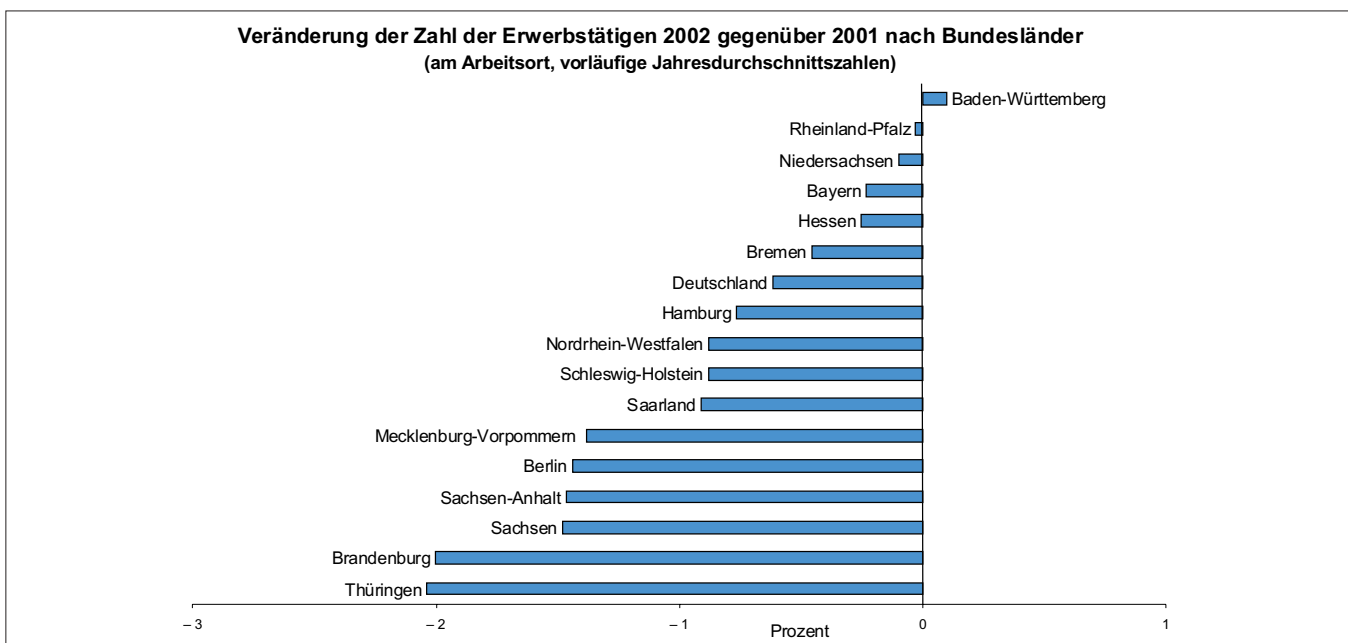
Die Darstellung der Erwerbstätigkeit erfolgt nach dem sogenannten Inlandskonzept. Das heißt, erfasst werden die Erwerbstätigen, die ihren Arbeitsort in der ausgewiesenen Region haben, einschließlich der Einpendler. Zu den Erwerbstätigen zählen alle Arbeitnehmer, Selbständige und mithelfenden Familienangehörige, unabhängig von der Dauer der Arbeitszeit.

Im Falle mehrerer Tätigkeiten wird der Erwerbstätige nur einmal gezählt. Maßgeblich für die Zuordnung ist die zeitlich überwiegende Tätigkeit.

Erwerbstätige am Arbeitsort 2002 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereiche	Erwerbstätige in 1 000		Veränd. 2002 zu 2001 in %
	2001	2002	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,2	4,2	0,1
Produzierendes Gewerbe	155,6	152,1	- 2,2
davon			
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden	10,4	9,7	- 5,9
Verarbeitendes Gewerbe	113,2	111,6	- 1,3
Energie- und Wasserversorgung	4,4	4,3	- 3,2
Baugewerbe	27,6	26,4	- 4,4
Dienstleistungsbereiche	348,4	347,3	- 0,3
davon			
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	131,6	130,3	- 0,9
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	78,7	76,3	- 3,0
öffentliche und private Dienstleister	138,2	140,7	1,8
INSGESAMT	508,2	503,6	- 0,9

Quelle: Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder".



Wirtschaftsrechnungen

Marie-Luise Pfaff

Rasanter technischer Fortschritt bei der Verbreitung moderner Informations- und Kommunikationsmittel in privaten Haushalten

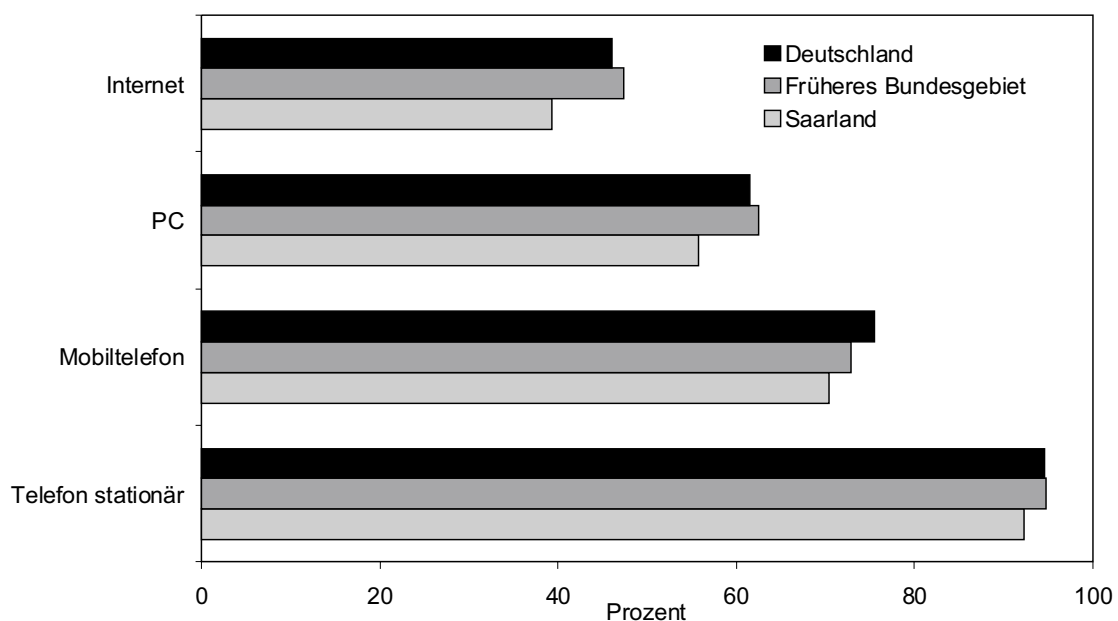
Bei den privaten Haushalten hat sich die Ausstattung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie in den letzten fünf Jahren weiter verbessert. So lassen die Ergebnisse des Einführungsinterviews der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 deutlich erkennen, dass die Privathaushalte die neuen Technologien immer stärker nutzen. Die Zuwachsraten fielen bei der Ausstattung der Haushalte mit Mobiltelefonen am stärksten aus.

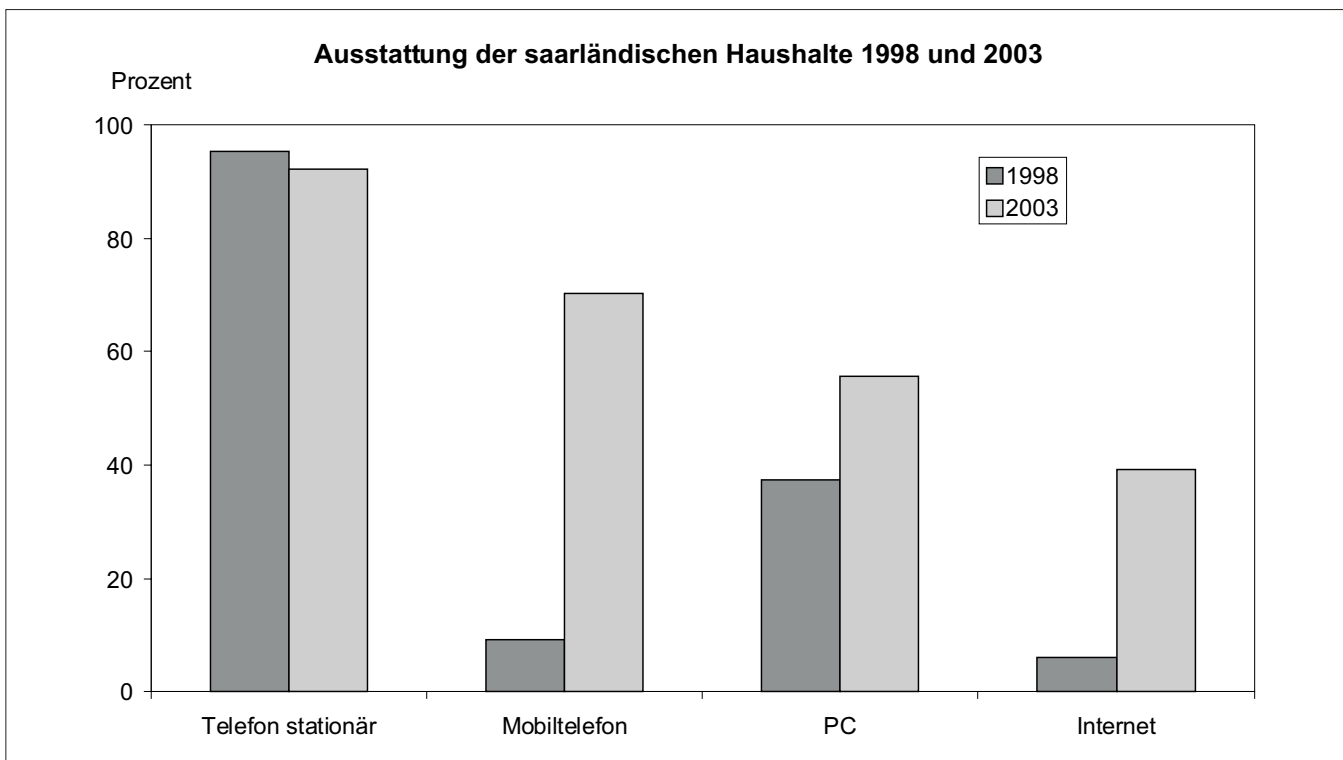
Anfang des Jahres 1998 hatten mit rund 97 % nahezu alle Haushalte im Saarland ein Festnetztelefon. Die Nutzung von Mobiltelefonen steckte dagegen noch in den Anfängen. Ledig-

lich jeder zehnte saarländische Haushalt war 1998 im Besitz eines Handys.

Dies hat sich in den zurückliegenden fünf Jahren grundlegend geändert. So erhöhte sich der Ausstattungsgrad in den Privathaushalten zwischen 1998 und 2003 im Saarland von rund 10 % auf gut 70 % Anfang dieses Jahres. In Deutschland hatten zu diesem Zeitpunkt sogar 73 % der Haushalte mindestens ein Handy (1998: 11 %). Im gleichen Zeitraum ist jedoch die Ausstattung mit Festnetztelefonen gesunken. Offensichtlich gibt es vermehrt Haushalte, die nur noch auf Mobiltelefone zurückgreifen und auf stationäre Telefone verzichten. So sank

Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Geräten und Diensten der Informations- und Kommunikationstechnik am 01.01.2003





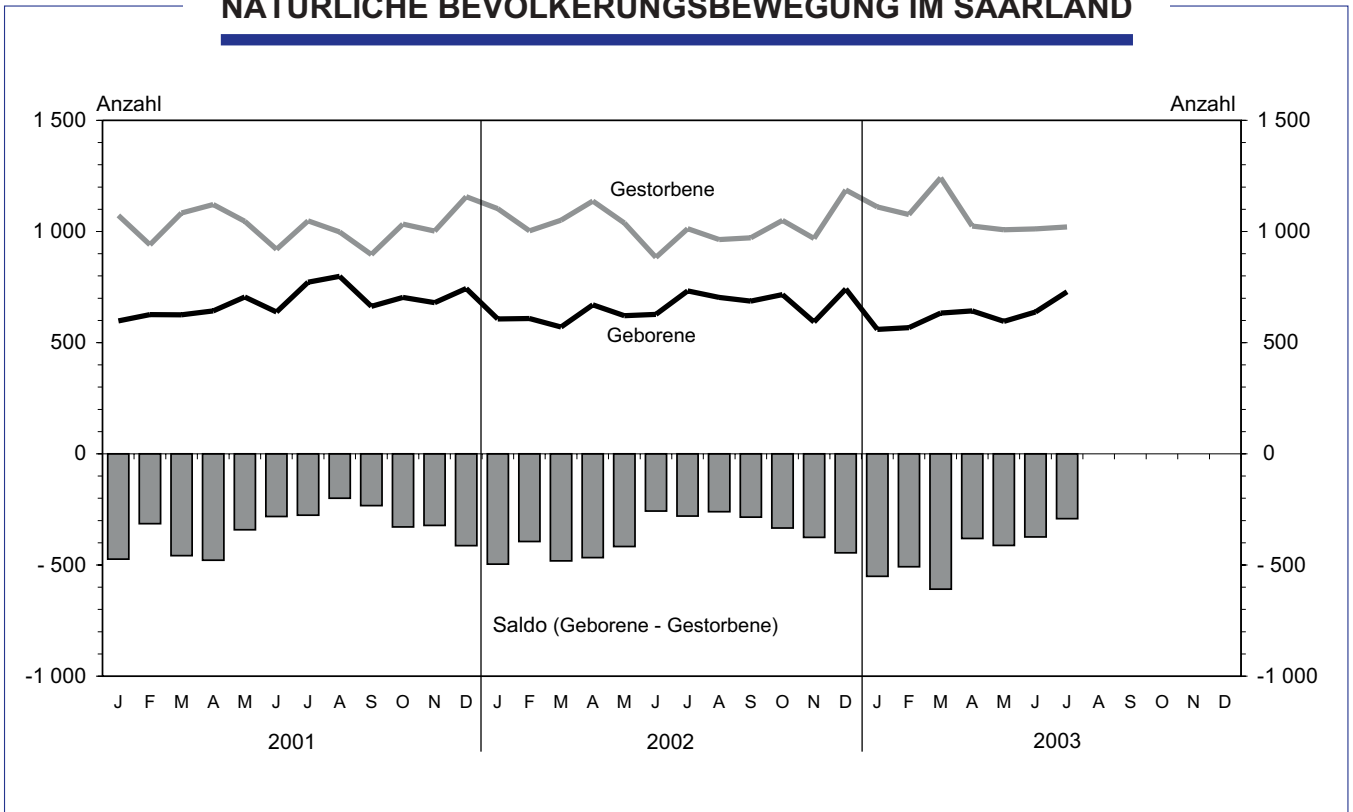
der Ausstattungsgrad bei Festnetztelefonen im Saarland von 97 % (1998) auf 92 % (2003). In Deutschland verringerte sich der Ausstattungsgrad von 96,8 % auf 94,5 %.

In den zurückliegenden fünf Jahren hat sich auch die Ausstattung mit PC und Internetanschlüssen in privaten Haushalten deutlich verbessert. Nachdem Anfang 1998 nur in weniger

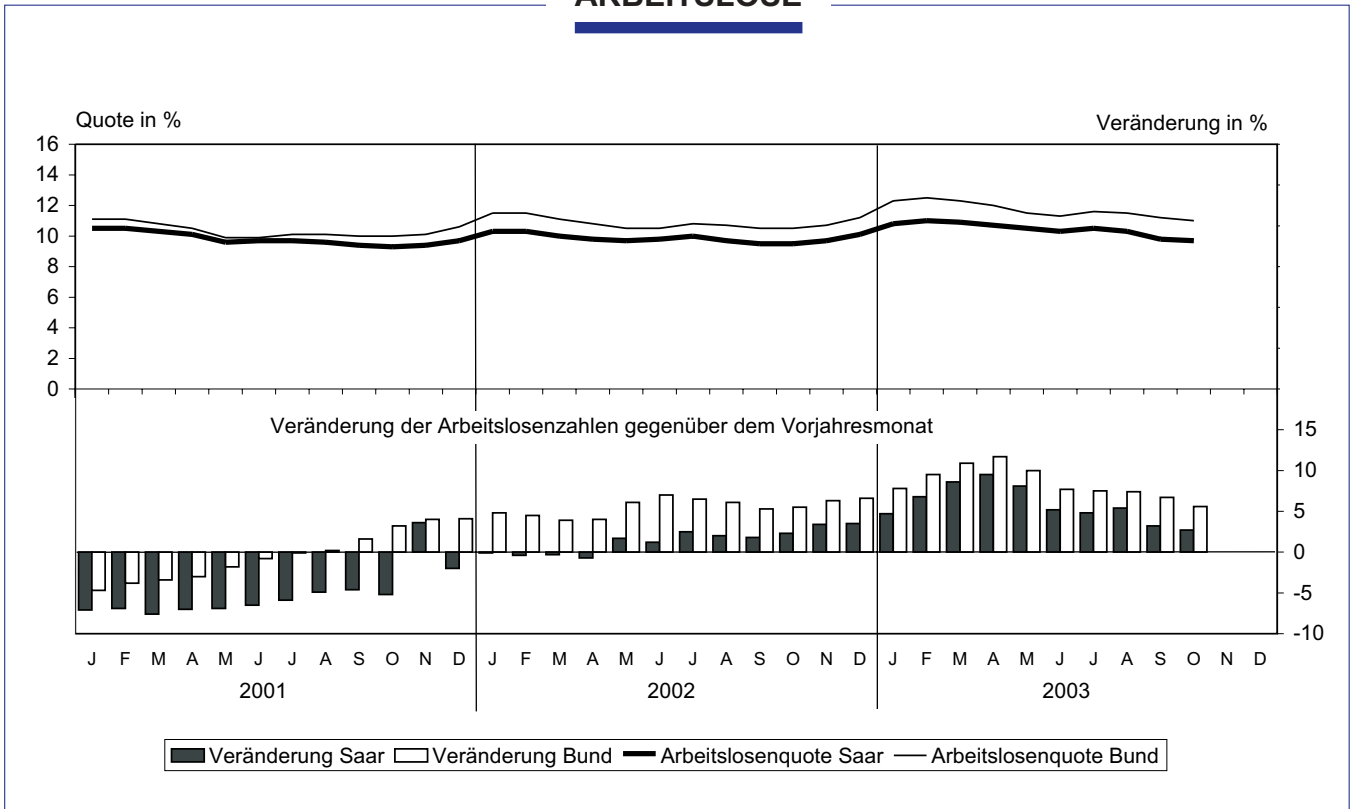
als vier von zehn Haushalten im Saarland ein PC stand, war dies 2003 in gut jedem zweiten Haushalt der Fall. Dabei besaß der größte Teil der Haushalte ein stationäres Gerät.

Weiter verfügten zu Beginn dieses Jahres rund 40 % der Saarhaushalte über einen Zugang zum Internet, 1998 hatten nur 6 % der Haushalte die Möglichkeit, im Internet zu surfen.

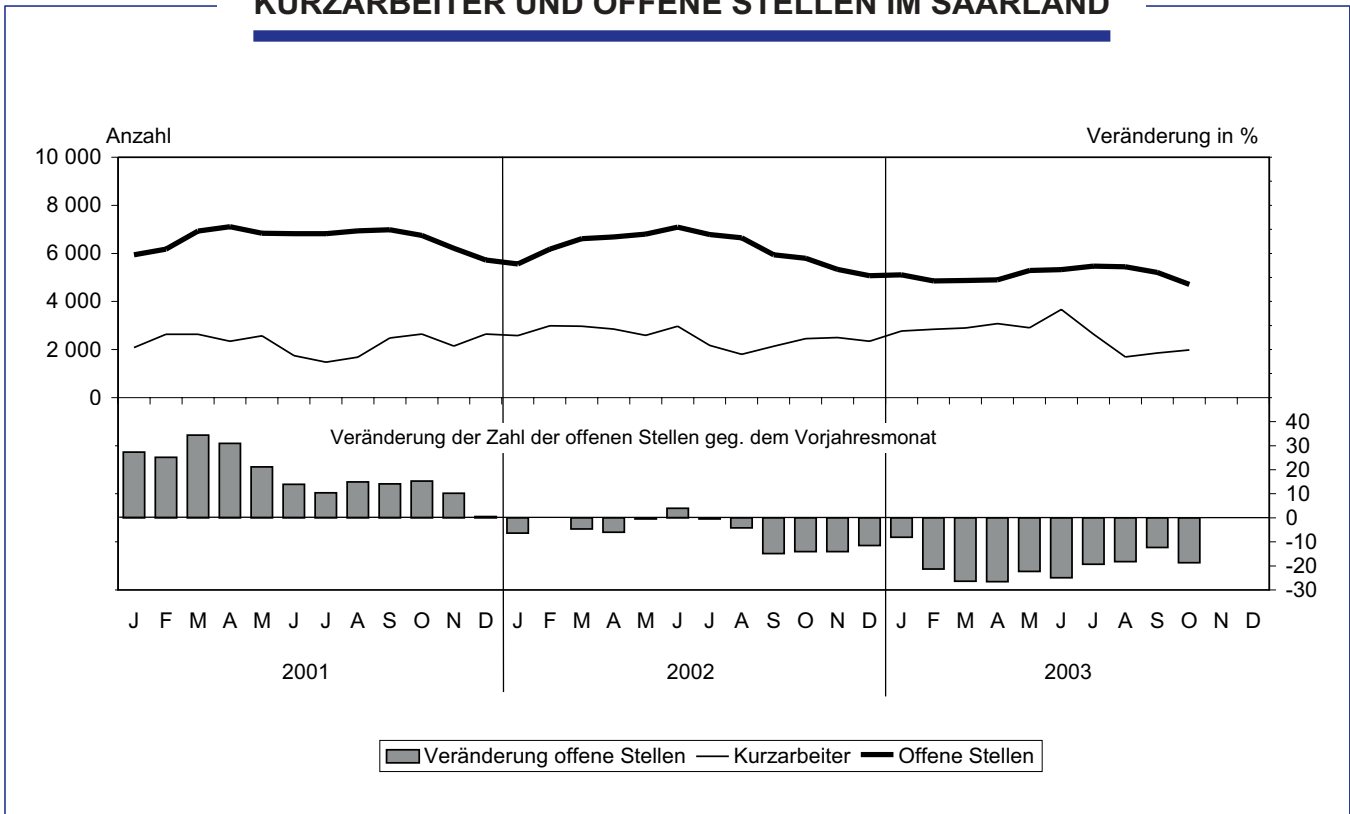
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG IM SAARLAND



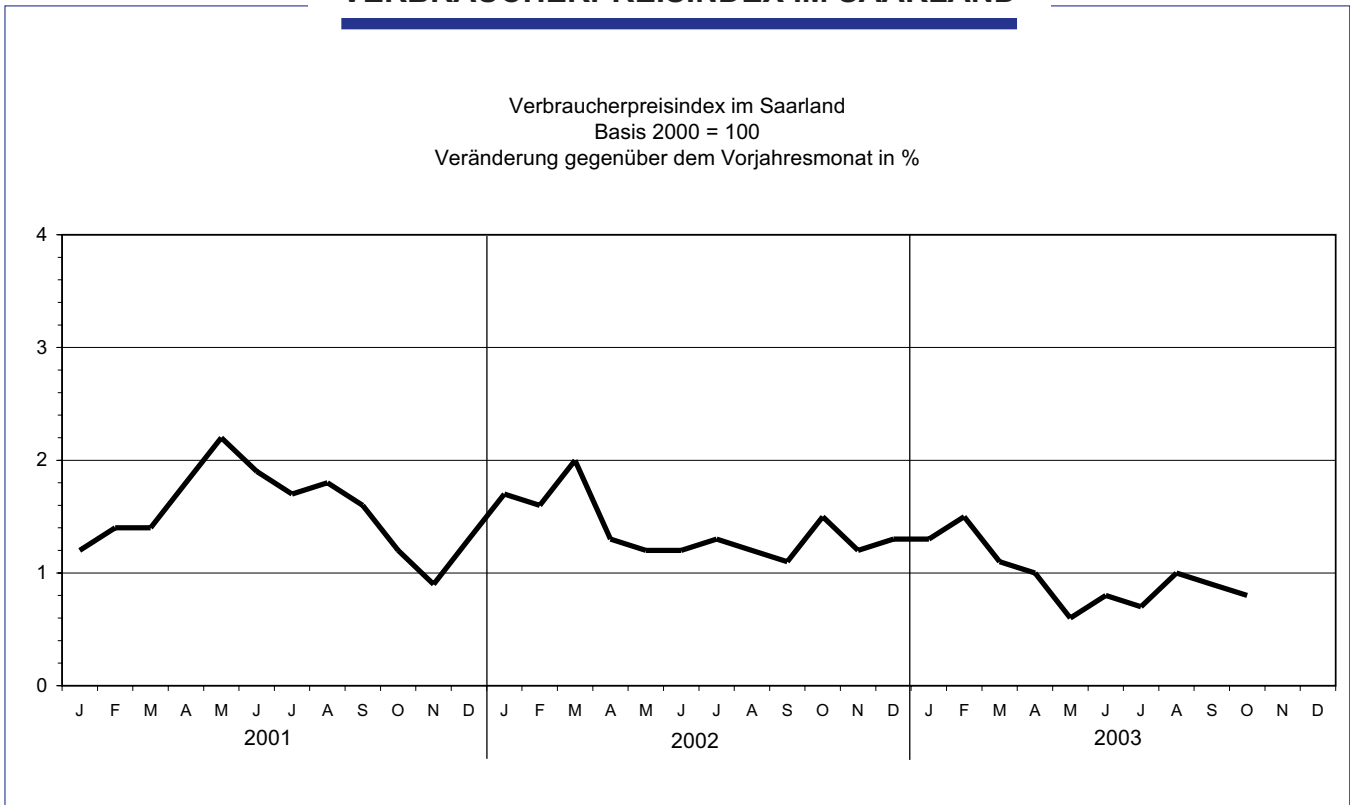
ARBEITSLOSE



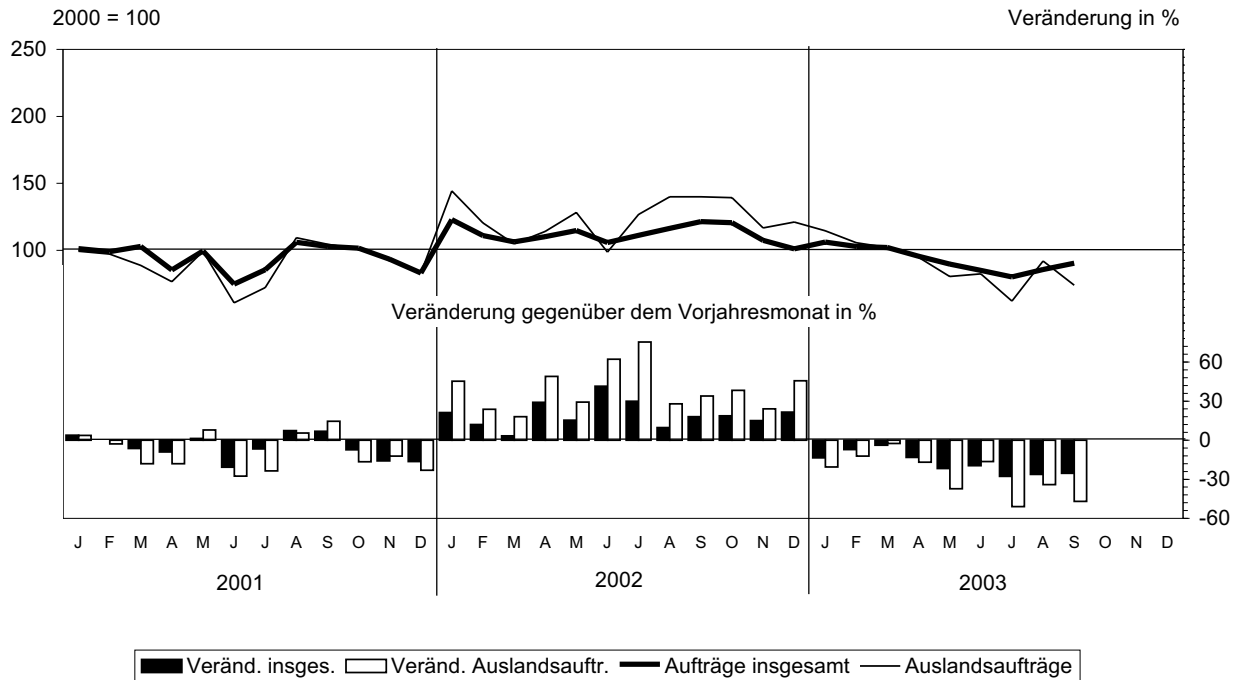
KURZARBEITER UND OFFENE STELLEN IM SAARLAND



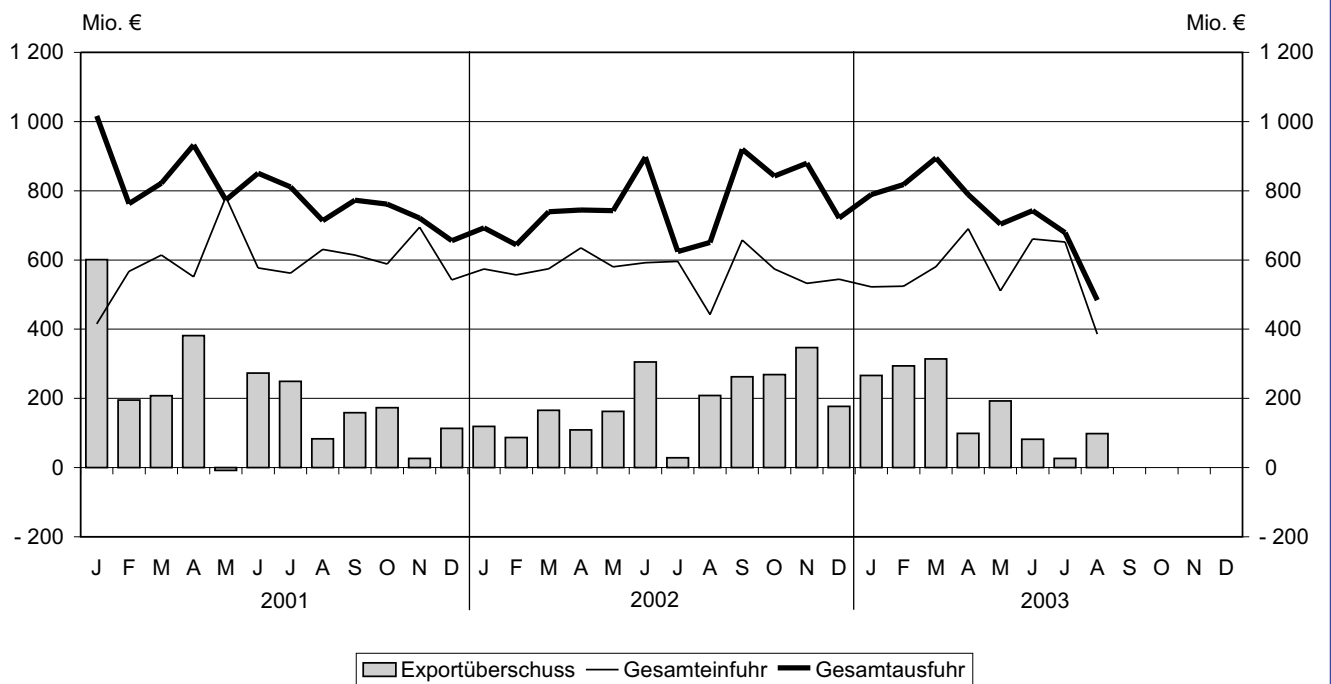
VERBRAUCHERPREISINDEX IM SAARLAND



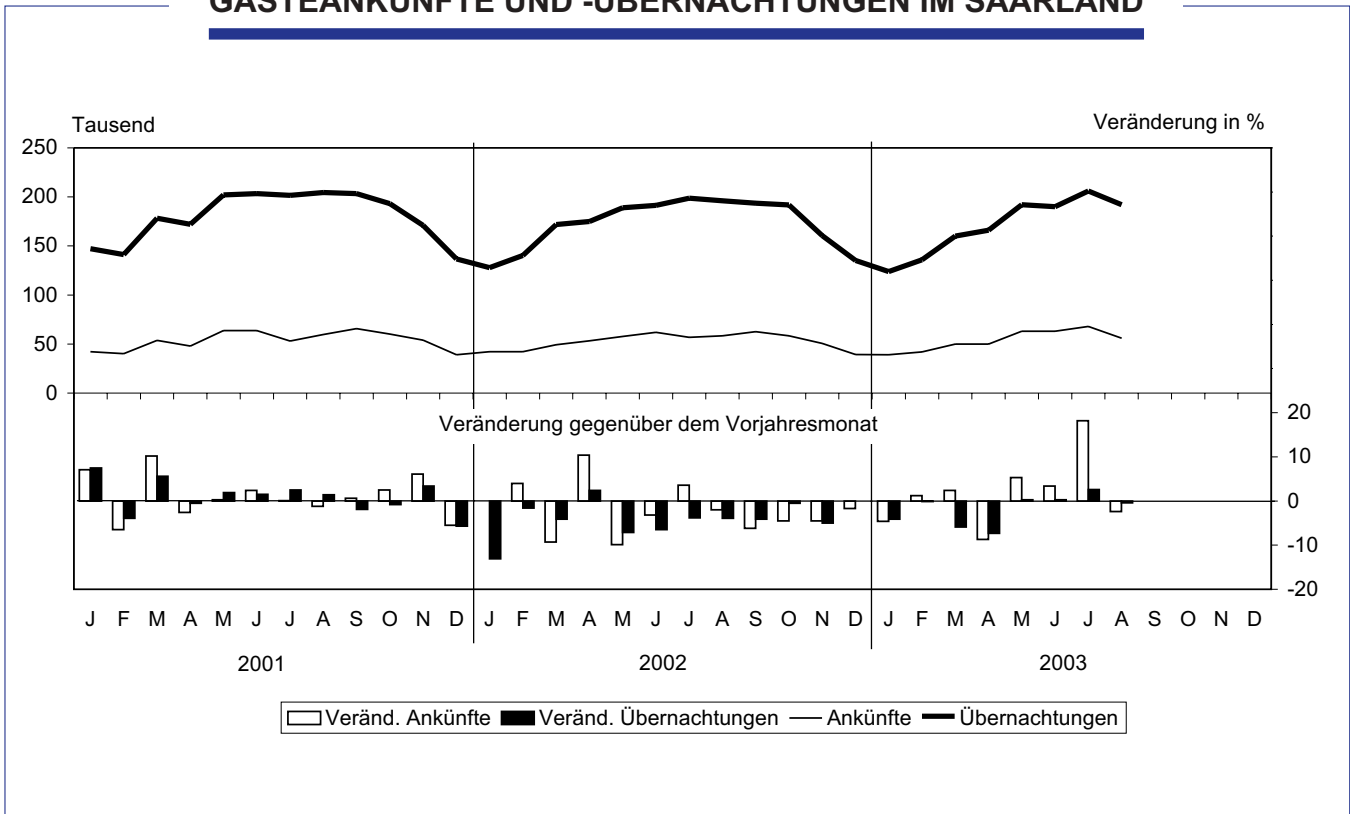
AUFTRAGSEINGANGSINDEX VERARBEITENDES GEWERBE IM SAARLAND



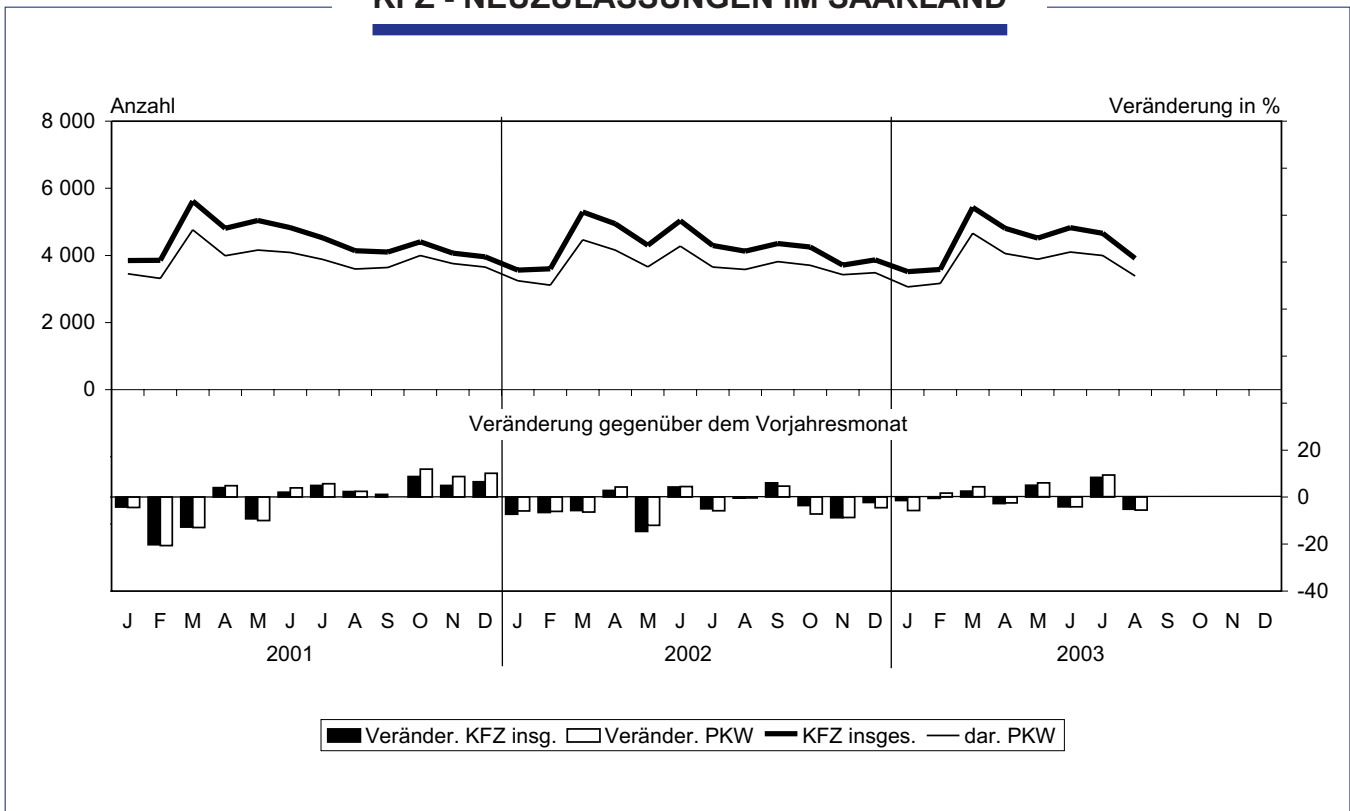
AUSSENHANDEL IM SAARLAND



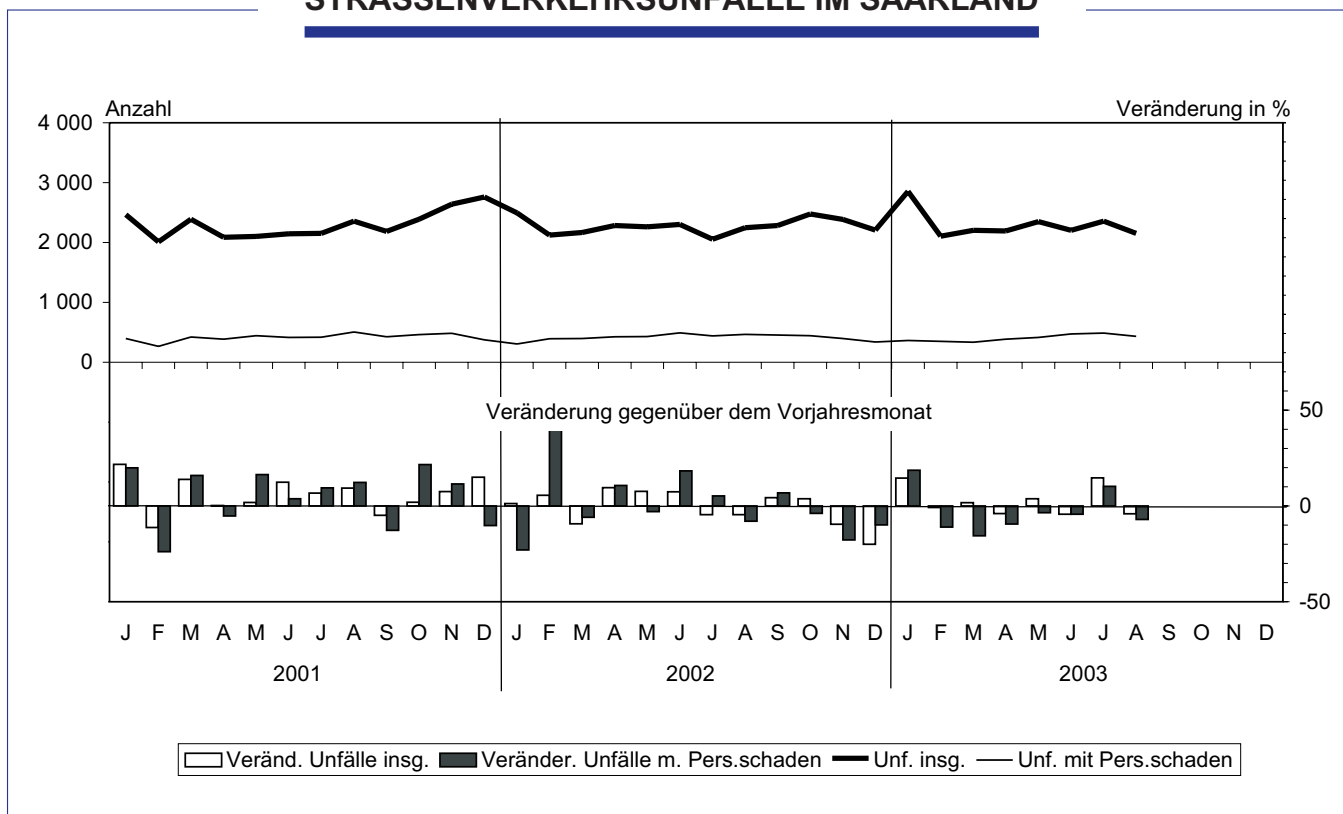
GÄSTEANKÜNFTE UND -ÜBERNACHTUNGEN IM SAARLAND



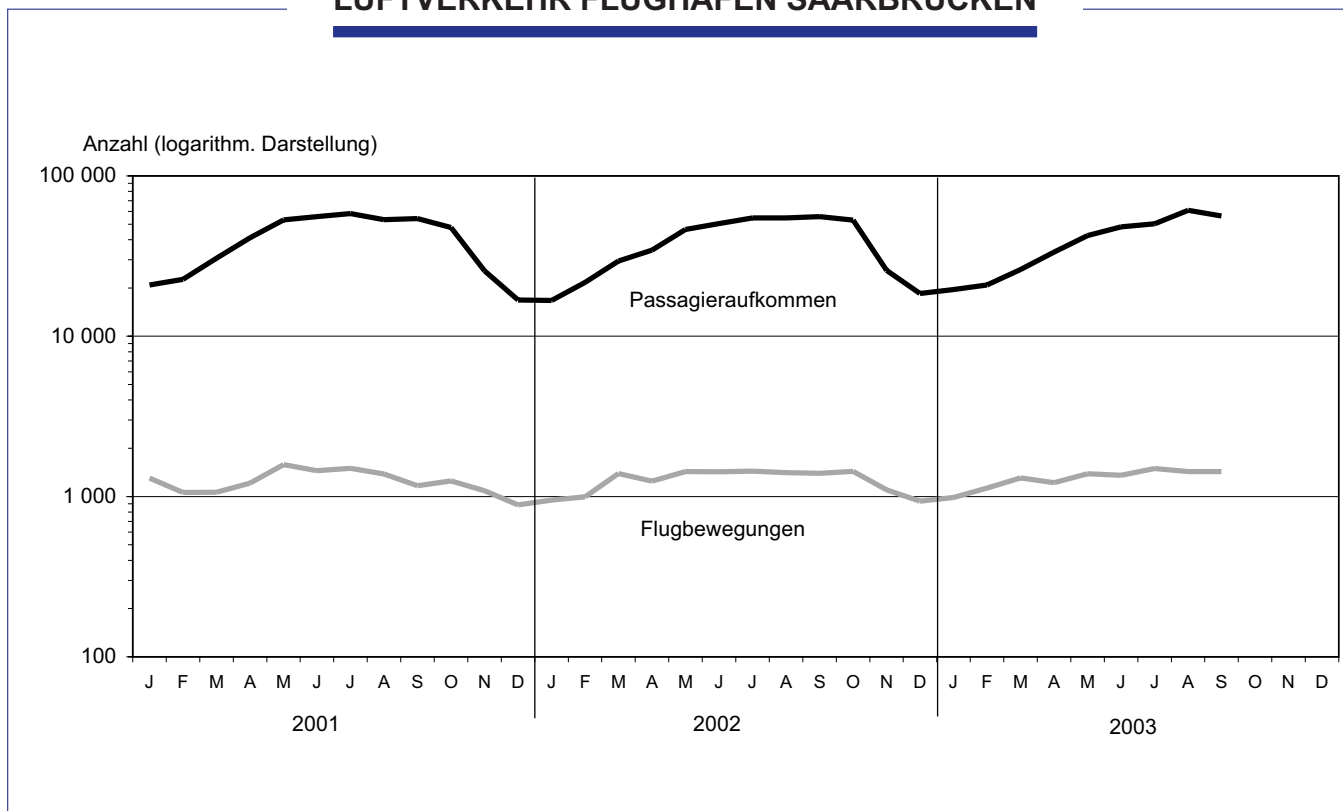
KFZ - NEUZULASSUNGEN IM SAARLAND



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE IM SAARLAND



LUFTVERKEHR FLUGHAFEN SAARBRÜCKEN



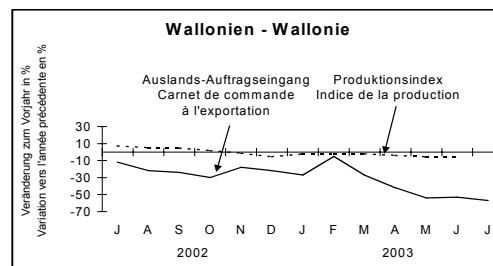
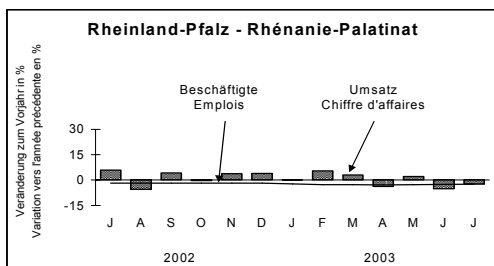
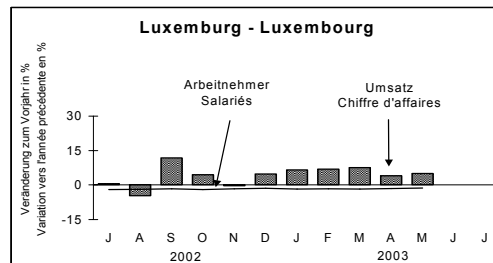
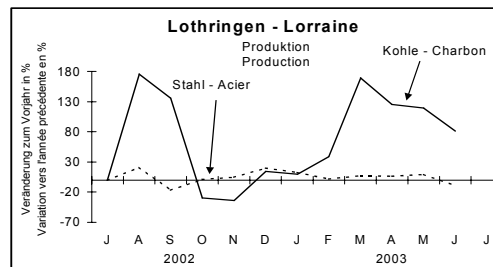
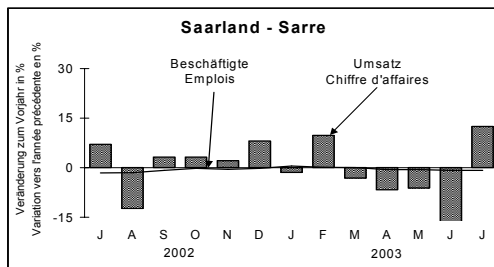
Konjunktur aktuell Conjoncture actuelle

September · Septembre 2003

Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonien
Grande Région Saar – Lor – Lux – Rhénanie-Palatinat – Wallonie

23.09.2003

Verarbeitendes Gewerbe · Industries manufacturières



Herausgeber · Éditeur: Statistisches Landesamt Saarland, Saarbrücken · Institut National de la Statistique et des Études Économiques (INSEE), Direction Régionale de Lorraine · Service Central de la Statistique et des Études Économiques (Stavec), Luxembourg · Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems · Ministère de la Région Wallonne, Service des Études et de la Statistique (S.E.S.), Jambes (Namur).

Verarbeitendes Gewerbe in der Großregion Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonien
Industries manufacturières dans la Grande Région Saar - Lor - Lux - Rhénanie-Palatinat - Wallonie

Merkmal Variable	2002						2003						
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
	Juillet	Août	Sept.	Oct.	Nov.	Déc.	Jan.	Févr.	Mars	Avril	Mai	Juin	Juillet
Variation vers l'année précédente en %													
Saarland - Sarre													
Beschäftigte Emplois	-1,6	-1,5	-0,8	-0,2	-0,5	-0,2	0,5	0,1	0,0	-0,6	-0,6	-0,8	-0,8
Umsatz - Chiffre d'affaires	7,0	-12,4	3,2	3,2	2,1	8,1	-1,4	9,8	-3,2	-6,7	-6,2	-20,6	12,5
Lothringen - Lorraine													
Produktion von Production de Stahl	-0,5	21,0	-16,8	0,9	4,5	19,7	12,5	1,5	7,5	6,4	9,2	-9,4	...
Acier	-0,5	21,0	-16,8	0,9	4,5	19,7	12,5	1,5	7,5	6,4	9,2	-9,4	...
Kohle Charbon	0,0	175,6	135,6	-30,2	-33,9	13,9	9,5	38,8	169,0	125,0	119,1	81,1	...
Luxemburg - Luxembourg													
Arbeitnehmer Salariés	-2,0	-1,9	-1,7	-2,0	-1,7	-1,5	-1,8	-1,7	-1,8	-1,6	-1,4
Umsatz - Chiffre d'affaires	0,5	-4,7	11,7	4,4	-0,4	4,7	6,5	6,9	7,5	3,9	4,9
Rheinland-Pfalz - Rhénanie-Palatinat													
Beschäftigte Emplois	-1,8	-1,8	-1,8	-1,9	-1,8	-1,8	-2,4	-2,8	-2,8	-3,0	-2,8	-2,7	-2,5
Umsatz - Chiffre d'affaires	5,8	-5,5	4,2	-0,5	3,7	3,9	0,1	5,3	3,0	-3,9	2,0	-5,3	-2,3
Wallonien - Wallonie													
Auslands-Auftrags- eingang ¹⁾ Carnet de commandes à l'exportation ¹⁾	-12,0	-22,0	-24,0	-30,0	-18,0	-22,0	-27,0	-5,0	-27,0	-42,0	-54,0	-53,0	-57,0
Produktionsindex Indice de la production	7,1	5,1	4,7	1,7	-1,4	-5,4	-2,2	-2,3	-1,9	-3,9	-5,5	-6,1	...

1) Dessaisonnalisée / Saisonbereinigt.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES SAARLAND

Statistische Berichte im Monat Juli 2003

Bevölkerungsentwicklung im 4. Vierteljahr 2002 und Jahr 2002	A I 1 / A I 2 - vj 4/2002	Fremdenverkehr im April 2003 und Winterhalbjahr 2002/2003	G IV 1 - m 4/2003
Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im 4. Vierteljahr 2002	A II 1 - vj 4/2002	Gastgewerbe im Mai 2003	G IV 3 - m 5/2003
Wanderungen im 4. Vierteljahr 2002	A III 1 - vj 4/2002	Straßenverkehrsunfälle im März 2003	H I 1 - m 3/2003
Auszubildende im Saarland 2002	B II 5 - j 2002	Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen im 1. Vierteljahr 2003	H I 4 - vj 1/2003
Strafverfolgung 2002	B VI 1 - j 2002	Verbraucherpreisindex Juni 2003	M I 2 - m 6/2003
Strafvollzug im Saarland 2002/2003	B VI 6 - j 2002/2003	Preisindex für Bauwerke Mai 2003	M I 4 - vj 2/2003
Bewährungshilfe 2002	B VI 7 - j 2002	Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Kreisen 1992 und 1994 bis 2001	P I 3 - j 2001
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Mai 2003	E I 1 - m 5/2003	Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte nach Kreisen 1995 bis 2001	P I 4 - j 2001
Baugewerbe im April 2003	E II 1 / E III 1 - m 4/2003	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Januar bis April 2003	Z 1 - m 4/2003
Baugewerbe im Mai 2003	E II 1 / E III 1 - m 5/2003	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Januar bis Mai 2003	Z 1 - m 5/2003
Das Handwerk im 1. Vierteljahr 2003	E V 1 - vj 1/2003	Konjunktur aktuell Juli 2003	KA-7
Bautätigkeit im Jahr 2002	F II 1-4 - j 2002		
Handel im April 2003	G I 1 - m 4/2003		
Großhandel im Jahr 2002	G I 2 - j 2002		
Fremdenverkehr im Februar 2003	G IV 1 - m 2/2003		
Fremdenverkehr im März 2003	G IV 1 - m 3/2003		

Statistische Berichte im Monat August 2003

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 30. September 2002	A VI 5 - vj 3/2002	Gastgewerbe im Juni 2003	G IV 3 - m 6/2003
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Juni 2003	E I 1 - m 6/2003	Straßenverkehrsunfälle im April 2003	H I 1 - m 4/2003
Handel im Mai 2003	G I 1 - m 5/2003	Verbraucherpreisindex Juli 2003	M I 2 - m 7/2003
Handel im Juni 2003	G I 1 - m 6/2003	Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel im Saarland April 2003	N I 1 - vj 2/2003
Fremdenverkehr im Mai 2003	G IV 1 - m 5/2003	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Januar bis Juni 2003	Z 1 - m 6/2003

Statistische Berichte im Monat September 2003

Bevölkerungsentwicklung im 1. Vierteljahr 2003	A I 1 / A I 2 - vj 1/2003	Fremdenverkehr im Juni 2003 und 1. Halbjahr 2003	G IV 1 - m 6/2003
Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im 1. Vierteljahr 2003	A II 1 - vj 1/2003	Gastgewerbe im Juli 2003	G IV 3 - m 7/2003
Wanderungen im 1. Vierteljahr 2003	A III 1 - vj 1/2003	Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsstatistik im Saarland 2002	K I 1 / K VI 1 - j 2002
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 31. Dezember 2002	A VI 5 - vj 4/2002	Teil I: Ausgaben und Einnahmen	L II 2 - vj 2/2003
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Juli 2003	E I 1 - m 7/2003	Kommunale Finanzen im 2. Vierteljahr 2003	M I 2 - m 8/2003
Produktionsindex und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes 2. Vierteljahr 2003	E I 2 - vj 2/2003	Verbraucherpreisindex August 2003	M I 6 - j 2002
Baugewerbe im Juni 2003	E II 1 / E III 1 - m 6/2003	Durchschnittliche Kaufwerte von Bauland im Saarland 2002	M I 6 - j 2002
Baugewerbe im Juli 2003	E II 1 / E III 1 - m 7/2003	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Januar bis Juli 2003	Z 1 - m 7/2003
Das Handwerk im 2. Vierteljahr 2003	E V 1 - vj 2/2003	Konjunktur aktuell August 2003	KA-8
Baugenehmigungen im 2. Vierteljahr 2003	F II 1 - vj 2/2003	Konjunktur aktuell September 2003	KA-9

Statistische Berichte im Monat Oktober 2003

Die Diagnosen der Krankenhauspatienten im Saarland 2001	A IV 9 - j 2001	Straßenverkehrsunfälle im Mai 2003	H I 1 - m 5/2003
Gewerbeanzeigen im Saarland 1. Quartal 2003	D I 2 - vj 1/2003	Straßenverkehrsunfälle im Juni 2003	H I 1 - m 6/2003
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im August 2003	E I 1 - m 8/2003	Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen im 2. Vierteljahr 2003	H I 4 - vj 2/2003
Baugewerbe im August 2003	E II 1 / E III 1 - m 8/2003	Steueraufkommen im Saarland 2002	L I 1 / L I 2 - j 2002
Handel im Juli 2003	G I 1 - m 7/2003	Die öffentliche Verschuldung im Jahre 2002	L III 1 - j 2002
Außenhandel im 1. Halbjahr 2003	G III 1,3 - m 1-6/2003	Verbraucherpreisindex September 2003	M I 2 - m 9/2003
Gastgewerbe im August 2003	G IV 3 - m 8/2003	Konjunktur aktuell Oktober 2003	KA-10